

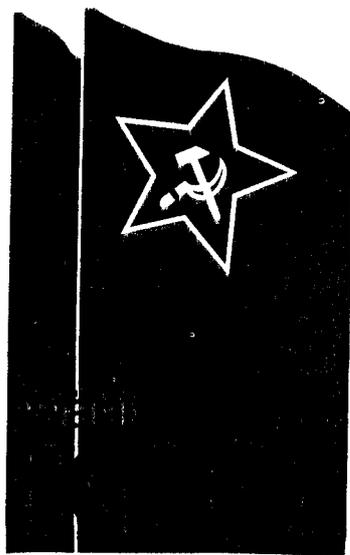


ROTE HILFE

4.Jg.Nr. 8/9

3.9.76

70 Pfennig



Jeder, der gegen Ausbeutung und Unterdrückung, der für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Imperialismus ist, der für wirklichen Sozialismus und gegen den sozialistisch getarnten Sozialfaschismus in der Sowjetunion und der DDR ist, der für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland eintritt, muß am 3. Oktober der Kommunistischen Partei Deutschlands geben.

Die KPD buhlt nicht mit Schmeicheleien, Versprechungen und Lügen alle 4 Jahre um die Wählergunst. Die KPD beteiligt sich an den Wahlen, um sie zu einer Tribüne der Anklage gegen den verrotteten bürgerlichen Parlamentarismus zu machen, um im Parlament für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen.

Seit 5 Jahren kämpft die Rote Hilfe gemeinsam mit der KPD gegen die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten. Seite an Seite steht die Rote Hilfe mit der KPD im Kampf gegen die faschistische und sozialfaschistische Gefahr, gegen die politische Verfolgung von Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten, gegen Gewerkschaftsusschlüsse und politische Entlassungen. Gemeinsam verteidigen sie die demokratischen Rechte des Volkes und kämpfen gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges und die Annexionsabsichten des Sozialimperialismus, der bereits einen Teil unseres Landes besetzt hält und mit seinen Parteien, der DKP und SEW den Massen das Zuchthaus in der DDR als Sozialismus verkaufen will. Seite an Seite kämpfen KPD und Rote Hilfe für ein unabhängiges, vereintes sozialistisches Deutschland.

Die Rote Hilfe reiht sich ein in die Front all derjenigen, die für antoniale Unabhängigkeit und Einheit eintreten.

Ob SPD, CDU, FDP oder DKP, sie alle mögen von Freiheit, Frieden und Entspannung reden, doch sie meinen Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb: diesen Parteien keine Stimme. WÄHLT AM 3. OKTOBER K P D !

Weg mit dem Staatsschutz-§ 90a!

BILANZ DER GESINNUNGSJUSTIZ 1976 (1.Hj.):

103 URTEILE = 120 000 DM + 93 MONATE HAFT

"POLITISCHE PROZESSE - DIE GAB ES ZU HITLERS ZEITEN - IN DER BRD GIBT ES SO ETWAS NICHT" (Regierungssprecher Grünwald), "MIT AUSNAHME DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES IST IN DER BRD DIE FREIE PROPAGIERUNG DES MARXISMUS-LENINISMUS ERLAUBT (Bundesjustizminister Vogel), "DIES KANN MAN FREI VERTRETEN" NRW-Justizminister Posser, als er aus dem Programm der KPD zitierte. Am 21. Juli 1976 widersprach die Richterin Conzen in Dortmund dieser Heuchelei: "WENN MAN ERKLÄRT, DIE MASSENARBEITSLOSIGKEIT IN UNSEREM LAND WIRD DURCH DEN KAPITALISMUS HERVORGERUFEN, SO IST DIES EINE BELEIDIGUNG DER BRD. IN WIRKLICHKEIT SIND DIE MEISTEN ARBEITSLIEN FAUL UND ARBEITSSCHEU UND VERTRÖDELN IHRE ZEIT AUF MALLORCA", sprach und verurteilte den presse-rechtlich Verantwortlichen der KPD, Thomas Luczak, wegen Verstoß gegen den Staatsschutz-§ 90a zu elf Monaten Gefängnis - das einhundertsechzigste Urteil nach § 90a seit Anfang dieses Jahres!

Die Bilanz der Gesinnungsjustiz allein nach dem Staatsschutz-§ 90a in diesem Jahre überführt die SPD/FDP-Regierung genauso der Lüge wie die 2 000 Berufsverbote ihre Behauptungen, so etwas gebe es nicht im "Modell Deutschland", widerlegten.

Politische Prozesse haben in den vergangenen Jahren rapide zugenommen, sie erreichen wieder das Ausmaß der Kommunistenjagd der 50er Jahre. Damals wie heute, unter Adenauer wie unter Brandt/Schmidt wird die freie Meinungsäußerung von Kommunisten und Demokraten zum "Staatsschutzdelikt".

Unter dem Abschnitt des Strafgesetzbuches "Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates" wird nach § 90a jeder mit Geld- und Gefängnisstrafe bedroht, der die Bundesrepublik oder eines ihrer Länder oder die verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht.

BESCHIMPfung DER BRD ist, wenn die KPD in einem Wahlauftritt schreibt: "... Eine Million Arbeitslose sind ein millionenfacher Schrei gegen das kapitalistische Ausbeutersystem... Solange die Betriebe nicht denen gehören, die die Werte schaffen, solange das Land nicht denen ge-

hört, die es bestellen, solange der Reichtum weniger die Ausplünderung der Millionenmassen hervorbringt, solange Polizei und Justiz in den Händen der Herrschenden das Volk knebeln - solange wird sich nichts grundlegend ändern." (Amtsgericht Dortmund) BESCHIMPfung DER BRD ist, wenn das Zentralorgan der KPD, die ROTE FAHNE schreibt:

"Die sogenannte freiheitlich demokratische Grundordnung ist freiheitlich und demokratisch nur für die Fabrik- und Bankherrn wie Ford und Gerling, für ihre Handlanger in der Gewerkschaftsführung!... Es ist Zeit, daß dieses System, das den Arbeitern und der jungen Generation nichts als Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Angst um die Existenz und politische Unterdrückung bieten kann, zerschlagen und die sozialistische Gesellschaft aufgebaut wird, wo der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gesetzt ist." (Landgericht Köln)

BESCHIMPfung DER BRD also ist jede grundlegende Kritik an dem herrschenden Forts.S. 2

Vom Berufsverbot bis zum Gefängnis

SOLIDARITÄT WIRD VERFOLGT

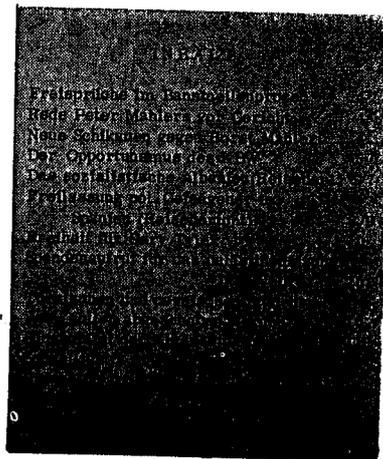
In Westdeutschland hat die politische Unterdrückung ein Klima der Einschüchterung erzeugt. Die Kommunisten müssen - seit jeher - mit Diffamierung, Berufsverbot und Gefängnis rechnen. Aber heute sehen sich viele Menschen bedroht, deren Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen keineswegs auf den Kommunismus zielt. Was geht hier vor sich?

Wenn die Monopolbourgeoisie scharfe wirtschaftliche Angriffe auf die Massen durchführt und weitere plant, entfaltet sie auch den politischen Klassenkampf von oben.

Kommunisten und klassenkämpferische Arbeiter werden polizeilich verfolgt, und an alle anderen ergeht die Drohung: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!" So zwingt sie die Gesellschaft in zwei Lager: Erstens das Lager der staatsbehaltenden Kräfte, der Verfechter der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und der kapitalistischen Ausbeutung, die sich hinter dieser Fassade verbirgt. Wer nicht in dieses Lager gehört, soll in das andere gehören, in das Lager der "Terroristen".

Unter "Terrorismus" fällt ja nach Meinung der Regierung und der Gerichte nicht etwa nur die RAF. Nach den soeben verabschiedeten "Anti-Terrorgesetzen" und dem neu eingeführten §129a erkennt man eine "terroristische Vereinigung" daran, daß sie "gemeingefährliche Straftaten" begeht, wofür als Beispiel "Verkehrsblockaden" genannt werden. Damit ist eine Straßenbahnblockade "terroristisch", die Sperrung der Straße für die Baufahrzeuge am geplanten Atomkraftwerk in Wyl war "terroristisch" eine Streikdemonstration auf der Straße kann als "terroristisch" erklärt werden, auf jeden Fall wäre "terroristisch" und müßte scharf bestraft werden die Schienen-

Forts.S.3



FORTS.

Staats- und Gesellschaftssystem, jede Kennzeichnung einzelner Erscheinungen in dieser Gesellschaft als Ausdruck und Folge kapitalistischer Klassenherrschaft, kurzum der Marxismus-Leninismus und seine Propagierung ist BESCHIMPfung!

ZENSUR

EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT - heißt es im Artikel 5 des GRUNDGESETZ. Doch was ist die Bestrafung nach § 90a anderes als Zensur? Unterscheidet sie sich im Wesen von der Zensur in den faschistischen Staaten, ob Spanien, der DDR oder der Sowjetunion? Dort verbietet die Regierung die Verbreitung einer Zeitung, hier bestraft die Justiz die Redakteure der Zeitungen!

Doch die Klassenrichter weisen dies von sich, berufen sich auf das Grundgesetz, wo in Artikel 5 zuerst die Freiheit der Presse und der Meinung "garantiert" ist, um sie zugleich "durch die allgemeinen

"Jeder Paragraph der Konstitution... enthält seine eigene Antithese, sein eigenes Ober- und Unterhaus, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit!"

KARL MARX

Gesetze" einzuschränken. So führte der Kölner Richter Stuke im Prozess gegen den Chefredakteur der ROTEN FAHNE aus:

"Zwar gibt es in diesem Staat Fehlentwicklungen und Kritik daran ist nicht nur zulässig, sondern auch erforderlich, weil politische Auseinandersetzungen für eine Demokratie i. S. d. Grundgesetzes schlechthin notwendig sind... Den Angeklagten geht es aber nicht darum, Fehlentwicklungen in der BRD zu kritisieren und vor ihnen zu warnen, es geht ihnen vielmehr darum, beim Bürger den Eindruck zu erwecken, daß dieser Staat sich in einem schimpflichen Zustand befindet und der Achtung seiner Bürger nicht wert ist... Mit diesem Wortradikalismus ist aber die Grenze der Meinungsfreiheit eindeutig überschritten und der Tatbestand des § 90a erfüllt."

Mit anderen Worten: die Meinungsfreiheit endet, wo sie mit einer Kritik an den bestehenden Zuständen beginnt. Die grundlegende Kritik am kapitalistischen System und so auch am Staat der BRD, der Marxismus-Leninismus ist "Wortradikalismus" und nicht durch die Freiheit der Meinung garantiert - im Gegenteil, sie steht unter Strafe - EINE ZENSUR FINDET STATT!

URTEILS BEGRÜNDUNG

Amtsgericht Dortmund

"Daß es nicht anders ist, erkennen die Angeklagten am eigenen Leibe; sie erfreuen sich trotz ihrer nach dem vorliegenden Verfahren seit 1974 betriebenen Staatsverunglimpfungen immer noch und wohl auch weiterhin ihrer Freiheit und sind daher in der Lage, sich weiter in ihrem Sinne betätigen zu können. (...) Beide Angeklagten haben nicht in der Sorge um die Beseitigung von Mißständen gehandelt, sondern um den Boden zu bereiten für ihre angestrebte Revolution. Dagegen muß sich der Staat wehren, in welchem ein Maß sozialer Gerechtigkeit erreicht ist, wie noch nie in früheren Zeiten. Es ist einfach nicht wahr, daß die Arbeiter in diesem Staate mit einem Existenzminimum auskommen müssen, sondern sie können sich einer Freiheit erfreuen, wie sie selten auf dieser Erde herrscht, und sie können sich erheblich mehr leisten als Arbeiter in jedem kommunistischen Staate. Die Bundesrepublik hat es nicht verdient, derart attackiert zu werden. Daher kam bei allen festgestellten Straftatbeständen nur eine Freiheitsstrafe in Betracht."



"SIE HABEN DAS WORT, ERKLÄREN SIE SICH, SIE SIND FREI"

STAATSSCHUTZ ÜBERALL

Im Zentrum der Verfolgung mithilfe des Staatsschutz-§ 90a steht der Marxismus-Leninismus, stehen die Kommunisten, die Redakteure der kommunistischen Presse. Doch die ganze Verfolgungswelle reicht weit darüber hinaus:

- Nach der "Rechtssprechung" der Klassenjustiz läßt es schon derjenige an der notwendigen Achtung gegenüber dem Staat fehlen, der die politische Unterdrückung, wie sie vom Staat ausgeht, kennzeichnet. So wurden dutzende Personen wegen § 90a angeklagt und bestraft, weil sie den Tod des kommunistischen Arbeiters Günther Routhier an den Folgen eines Prügeleinsatzes der Duisburger Polizei als Mord bezeichnet. Die 50 polizeilichen Todeschüsse in den vergangenen Jahren allein als "Polizeiwillkür" kennzeichnen, ist ein Staatsschutzdelikt.

- Schon die bloße Wiedergabe der Meinung eines anderen führt zu einer Verurteilung wegen § 90a. Die Herausgeberin eines Flugblattes des Neuburger Lehrlingsarbeitskreises wurde zu 600,-DM Geldstrafe verurteilt, weil das Flugblatt den Bericht zweier Lehrlinge über ihre skandalöse Be- und Mißhandlung auf einem Polizeirevier enthielt. Die Urteilsbegründung: "Das Flugblatt bringt zum Ausdruck, daß die Neuburger Polizei und Justiz gegen Lehrlinge voreingenommen sei, daß die Gerechtigkeitshüter nur einschüchtern, daß Terrorurteile gesprochen werden, daß eine Klassenjustiz herrsche und Polizeiterror. Mit diesen Ausdrücken wird Polizei und Justiz verächtlich gemacht... Das dienstliche Verhalten der Beamten gegen zwei renitente betrunkene Jugendliche

wird als Prügeleinsatz qualifiziert... Die Angeklagte durfte die Darstellung der beiden Zeugen (Lehrlinge) nicht übernehmen."

- Polizeipatrollen tauchen vor Betrieben auf, um die Flugblattverteiler oder Zeitungsverkäufer kommunistischer oder fortschrittlicher Organisationen einzuschüchtern. Sie lassen sich die Veröffentlichungen geben, schnüffeln darin bis sie eine "Verunglimpfung der BRD" gefunden haben. Festnahmen oder Strafanzeigen sind die Folge.

- Um Anklagen wegen § 90a zu finden(!), werden Büros revolutionärer Organisationen von Staatsanwälten und Polizei durchsucht - mit der Begründung, es müßten Schriften, die strafbare Handlungen beinhalten, sichergestellt werden. Beschlagnahme erfolgt dann nach Belieben: so wurden in Westberlin bei der Durchsuchung des Büros der KPD handschriftliche Notizen "sichergestellt" und sofort in ein gerade stattfindendes Gerichtsverfahren zur Belastung eines Angeklagten eingeführt.

- Selbst Demonstrationen werden zunehmend von den Augen und Ohren der politischen Polizei nach "verunglimpfenden" Parolen überprüft. So war das Mittragen einer Tafel mit der Aufschrift "Bestrafung der Mörder von Manfred Rohs" (ein von Polizeikugeln durchlöcherter Arbeiter aus Köln) Anlaß für einen Strafbefehl nach § 90a. Diese ganze reaktionäre Entwicklung der Gesinnungsverfolgung und Gesinnungsschnüffelei wird von Heuchelei und infamer Demagogie seitens der Bourgeoisie überdeckt. Bundeskanzler Schmidt: UNSERE DEMOKRATIE VERTRÄGT KEINE GESINNUNGSSCHNÜFFELEI, DIE DOCH NUR ZUM OPPORTUNISMUS FÜHRT."

DIE REVISIONISTEN

Die Bourgeoisie und ihre willfährige Klassenjustiz kennen ihren wahren Feind: die Arbeiterklasse, die Volksmassen und deren besten Kräfte, die Kommunisten... Sie waren für sie immer die Staatsfeinde, die Feinde ihres Ausbeuter- und Unterdrückungssystems. Schon im Keim soll heute der Kommunismus erstickt werden, bevor er breitet die Massen ergreift. Wenn die revisionistische DKP/SEW, die zur Täuschung der Volksmassen Ausbeutung und Unterdrückung in der BRD in Worten angreifen, um die Arbeiterklasse vom Kampf abzuhalten und um die Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus zur Herrschaft über ganz Deutschland zu verfolgen, dann weiß die Bourgeoisie, daß sie in ihnen gute Verbündete zur Unterdrückung des Volksmassen hat - sie müssen nicht wegen § 90a verfolgt werden, sie dürfen an der "Demokratie" teilhaben.

Weg mit dem KPD-Verbot!

Artikel 21 GRUNDGESETZ: die Gründung der Parteien ist frei, nur das Bundesverfassungsgericht dürfte über das Verbot einer Partei entscheiden! Trotz KPD-Verbot rühmen sich die Politiker der bürgerlichen Parteien, daß selbst die Kommunisten die Freiheit hätten, eine Partei zu bilden und sich sogar an den Wahlen zu beteiligen. Diese Heuchler verschweigen die Verfdgung der Kommunisten mit § 90a, mit dem sie sie auf "kaltem Wege" auszuschalten versuchen. Am selben Tag, als die KPD vor aller Öffentlichkeit zu den Bundestagswahlen zugelassen wurde, am 26. August, wurde der Chefredakteur der ROTEN FAHNE in Köln zum wiederholten Mal wegen "Beschimpfung der BRD" zu 2.000,-DM verurteilt. Wiederum waren "Ausbeutung und Unterdrückung" und "Polizeimord" die der Staat schütztes. Das ist die "Demokratie" der Bundesrepublik: "formale" Freiheit der politischen Betätigung für die Kommunisten - tatsächlich Bestrafung ihrer Propaganda!

90a-VERFAHREN 1973 - 1976

Jahr	Verfahren	Verurteilungen	Geldstrafen	Gefängnis in Monaten	
				mit Bewährung	ohne Bewährung
1973	7	2	3.500,-	--	--
1974	33	23	18.300,-	18	--
1975	93	46	56.290,-	7	--
1976 1. Hj.	71	32	40.200,-	49 1/2	18
Summe	204	103	118.290,-	74 1/2	18

SOLIDARITÄT WIRD VERFOLGT

blockade der polnischen Arbeiter gegen die Preiserhöhungen - aber das haben schon andere erledigt. So ist die politische Zwangsmoral der Bourgeoisie "für uns oder gegen uns" nicht als ein Spaltungsmanöver, um die Kommunisten von allen anderen fortschrittlichen Kräften zu isolieren. Es soll keine Zwischenposition mehr geben, kein Sympathisieren, kein zeitweiliges Zusammenarbeiten mit den Kommunisten. Die überall entstehende Aktionseinheit von demokratischen Kräften und Kommunisten soll zerschlagen werden. Die jüngsten Angriffe gegen die ROTE HILFE verfolgen offensichtlich dieses Ziel.

Wohin führt der Versuch der Bourgeoisie, die ROTE HILFE von den Kommunisten abzuspalten, die Solidarität mit den Verfolgten des bürgerlichen Staates zu zerschlagen? Der Hamburger Senat muß in Bezug auf Renate Biehl feststellen, "daß die Klägerin mit ihren kämpferischen Aktivitäten für Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung nach Klageerhebung nicht aufgehört hat..." Die beiden in Hamburg und Bremen betroffenen Genossinnen geben allen demokratischen Kräften ein Beispiel, führen ihren Kampf unerschrocken fort und bringen zum Ausdruck: die Bourgeoisie, die mit Parlament, Justiz und Polizei die demokratischen Rechte der Massen rapide abbaut, kann die Massen nur immer mehr abstoßen, sie aber nie mehr gewinnen. Wer teilt schon gerne seine Wohnung mit einem Polizeischnüffler? Die Hoffnungen der Bourgeoisie werden herb enttäuscht werden, denn wo Unterdrückung ist, da wächst der Widerstand.

Zwei Freisprüche für den ROTEN HELFER Prof. Bauer

Seit langem versucht der Westerbliener SPD/FDP-Senat gemeinsam mit dem Präsidenten der Freien Universität gegen Professor Dr. Gerhard Bauer ein Berufsverbot durchzusetzen, sie versuchen, ihn als einen untragbaren Beamten hinzustellen, der gegen seine "Treuepflicht" und "Mäßigungspflicht" verstoße. Die Wahrnehmung des demokratischen Rechts, zu Wahlen öffentlich Stellung zu nehmen und zur Wahl der KPD aufzurufen, soll verboten werden.

Besonders richtet sich der Angriff gegen die Arbeit des Genossen Bauer in der ROTEN HILFE, die sie als "Hilfsorganisation der KPD" hinstellen.

Alle bisherigen Angriffe gegen Prof. Bauer sind jedoch gescheitert an der breiten Solidaritätsfront von Studenten und Dozenten. So vereitelten mehrere Hundert ein geheimes "Anhörungsverfahren" gegen Prof. Bauer.

Auch die Hoffnungen von SPD-Senat und FU-Präsidenten, die bürgerliche Klassenjustiz würde ihnen neue Handhabe gegen den Genossen Bauer geben, sind erneut gescheitert.

- erneut erkämpfte Prof. Bauer vor dem Kölner Landgericht einen Freispruch. Am 13. August wies das Gericht den reaktionären Vorstoß von Richter Somokey gegen Prof. Bauer zurück. Dieser hatte ihn wegen "Beleidigung" angeklagt, weil er in einem Brief an Baha Targün das Urteil gegen diesen als "Terrorurteil" bezeichnet hatte. Das Gericht mußte diesen Eingriff in das Briefgeheimnis zurückweisen.

- am 16. 8. 76 wurde Gerhard Bauer vom Amtsgericht Berlin im Bannmeilenprozeß gegen das Komitee FREIHEIT FÜR HORST MAHLER freigesprochen (vgl. S. 4). Doch der SPD-Senat läßt nicht locker: sie haben das "Vorermittlungsverfahren" gegen Genossen Bauer nun abgeschlossen und wollen zum erneuten Schlag ausholen! Doch dies wird vergebens sein - die Solidaritätsfront wird dadurch noch stärker! WEG MIT DEM DROHENDEN BERUFSVERBOT GEGEN PROF. G. BAUER.

Fall 1 ROTE HILFE im Vorfeld des Terrorismus

Die Genossin Ingrid Sepat wurde wegen ihrer führenden Tätigkeit für die ROTE HILFE in Bremen aus dem bremischen Verwaltungsdienst entlassen, wo sie fünf Jahre lang gearbeitet hatte. Zur Begründung wird u. a. der Verfassungsschutzbericht von



1926

Am 11. März 1926 verfügte der Stuttgarter Polizeipräsident: Die von der "Roten Hilfe", Bezirk Württemberg, und anderen kommunistischen und unter kommunistischem Einfluß stehenden Organisationen für Freitag, den 12. März 1926, abends 1/2 8 Uhr, in den Schwabenbräu, Cannstadt, und für denselben Tag, abends 8 Uhr, in Funks Saalbau einberufenen öffentlichen Versammlungen verbiete ich auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 (R.Gbl. S. 151). Die Rote Hilfe ist eine kommunistische Hilfsorganisation, deren Hauptaufgabe ist, die Familien von politischen Flüchtlingen und Gefangenen und diese selbst mit Rat und Tat zu unterstützen. Dadurch soll erreicht werden, daß die Mitglieder der KPD in ihrem Entschluß, sich für die hochverräterischen Ziele des erstrebten gewaltsamen Umsturzes einzusetzen, gefördert und gestärkt werden. Die Rote Hilfe leistet auf diese Weise praktische Hilfsarbeit für die Revolution; ihre Organisation und Betätigung stellt eine Vorbereitungshandlung zum Hochverrat dar. Die zur Förderung und Unterstützung der Organisation und Tätigkeit der Roten Hilfe geplanten öffentlichen Versammlungen würden daher ihrem Zweck nach gegen das Strafgesetz verstossen.

Fall 3 ROTE HILFE ist Billigung von Straftaten

Im Prozeß gegen die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) vor dem Dortmunder Landgericht wurde im Juli Michael Banos, ehem. presserechtlich verantwortlich für die RHD zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die bürgerliche Klassenjustiz zog dabei neben den §§ 90a und 185 den direkt auf die ROTE HILFE zugeschnittenen § 140 heran "Billigung von Straftaten"; wenn die ROTE HILFE für die politischen Gefangenen die Solidarität organisiert und Sammlungen durchführt, dann ist das für die Klassenjustiz eine "Billigung von Straftaten". Denn inhaftierte Revolutionäre sind in ihrem Sinne Straftäter, sonst wären sie ja nicht inhaftiert, und sei es, sie haben die Strafe begangen, eine revolutionäre Gesinnung zu haben.

1975 zitiert, wonach die Rote Hilfe-Gruppen "im Vorfeld der Terrorgruppen" tätig seien, sie "setzen sich vornehmlich für die Haft-erleichterung und Freilassung inhaftierter Terroristen" ein. Weiter werden einige Aussagen aus verschiedenen Ausgaben der Rote Hilfe Zeitung zitiert, wie z. B. die folgende:

"Dieser Staat ist nicht der Staat der Werktätigen. Er bewaffnet sich mit gutem Grund bis an die Zähne, denn er dient der Verteidigung der menschenfeindlichen und verfaulenden Ausbeuterherrschaft der Imperialisten. Die Arbeiterklasse wird ihn zerschlagen und einen Staat errichten, der, weil er die Interessen der Arbeiter und Werktätigen durchsetzt, seine Existenz nicht mit Waffen gegen das Volk verteidigen muß." (aus RHZ Nr. 5/75) Schließlich wird noch auf die Unterstützung der KPD durch die ROTE HILFE hingewiesen und aus dem Programm der KPD zitiert: "Der Repressionsgewalt des bürgerlichen Staates gegenüber ist die revolutionäre Gewalt der Massen unvermeidlich."

Zusammengefaßt bleibt also: Weil die ROTE HILFE feststellt, daß dieser Staat seine Herrschaft mit gewaltsamen Mitteln

ausübt (wer könnte das übersehen!), daß diese Gewalt die revolutionäre Gewalt erforderlich macht (kein Unterdrücker ist bisher freiwillig von der Bühne abgetreten!) und weil sie eben deswegen die verfolgten proletarischen Kämpfer unterstützt (denn es geht nicht selten auf Leben und Tod!), gehört sie ins Lager des Terrors - oder, wie der Bremer Senat meint, ins "Vorfeld des Terrors".

Diese hetzerische Behauptung weisen wir auf das Schärfste zurück! Die ROTE HILFE ist keineswegs entstanden aus Sympathie für Terror, sondern aus Abscheu vor dem Terror, den der bürgerliche Staatsapparat gegenüber den Vorkämpfern der Massen begeht. Wenn die deutsche Bourgeoisie den Wünschen der Massen folgen würde, dann wäre sie spätestens 1918 von der Bühne abgetreten. Aber sie hat die Wünsche der Massen immer mit Terror beantwortet, mit Polizei, Justiz und Militär bis auf den heutigen Tag. Wir sagen klipp und klar: gäbe es den Terror der Bourgeoisie nicht, gäbe es auch die ROTE HILFE nicht. Im "Vorfeld des Terrors" befindet sich der Bremer Senat, der Genossin Ingrid ihrer Existenzgrundlage berauben will!

Fall 2 ROTE HILFE als Hilfsorganisation der KPD

Seit dem Frühjahr 1975 kämpft die Genossin Renate Biehl um einen Ausbildungsplatz als Krankenschwester in einer städtischen Klinik in Hamburg. Nach anfänglicher Zu-



sage wurde er ihr vom Senat mit Hinweis auf ihre führende Tätigkeit in der Ortsgruppe Hamburg der ROTEN HILFE verweigert. Im April 1976 entschied das Hamburger Arbeitsgericht zugunsten von Renate und verurteilte die Stadt, sie als Lernschwester einzustellen (weil nicht ersichtlich sei, inwiefern die politischen Aktivitäten der Klägerin (R. B.) die Tätigkeit als Krankenschwester inhaltlich beeinflussen könnten).

Die SPD-Mehrheit im Senat aber ist entschlossen, das Ausbildungsverbot als verschärfte Form des Berufsverbots um jeden Preis aufrecht zu erhalten. So legte sie gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Berufung ein und geht dabei folgendermaßen vor: Zuerst wird ein unerhörter Spitzelbericht über die politische Tätigkeit von Renate referiert. Daraus geht hervor, daß sie seit Sommer 1973 systematisch bespitzelt worden ist. Das Berufungsschreiben nennt allein 18 Situationen mit Orts- und Zeitangabe, wo sie z. B. als Protokollant auf einer ROTE HILFE-Versammlung fungierte, eine Rede im Namen der Ortsgruppe hielt usw. Sogar nach Düsseldorf sind ihr die ungenannten Schnüffler nachgereist, um festzustellen, daß sie dort

eine Veranstaltung der KPD zur Vorlage ihres Programmentwurfs besuchte. Dann heißt es:

"Das in Ziffer 2 dargestellte Verhalten der Klägerin (R. B.) läßt keinen Zweifel daran, daß sie als führende Funktionärin der "Roten Hilfe, V.", die eine Hilfsorganisation der KPD ist, seit längerem diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreift, diffamiert und bekämpft." Die ROTE HILFE ist also eine "Hilfsorganisation der KPD" - jetzt werden seitens programmatische Aussagen der KPD und Urteile höchster Gerichte dazu angeführt, so daß die ROTE HILFE darüber fast in Vergessenheit gerät. Aber auf die ROTE HILFE kommt es ja auch gar nicht so sehr an! Es kommt vielmehr darauf an, daß sie mit der KPD zusammenarbeitet und somit Helferin bzw. Vorfeldorganisation des Kommunismus bzw. des Terrorismus ist.



Broschüre zum drohenden Berufsverbot gegen den kommunistischen Rechtsanwalt Fritz Gildemeier. 46 Seiten Preis: 1,50 DM Bestellungen an Rote Hilfe - Vertrieb, 5 Köln 30, Rothehausstr. 1

23. November in München Berufsverbots-Prozess

Komitee-Freiheit für Horst Mahler im Bannmeilenprozess freigesprochen!

Am 16. August wurden 8 Mitglieder und Freunde des Komitees FREIHEIT FÜR HORST MAHLER, darunter Horst Mahlers Bruder Peter, vor Gericht der "Verletzung der Bannmeile um das Rathaus Schöneberg" angeklagt. Sie hatten im Oktober vergangenen Jahres vor dem Sitz des Justizsenators gegen dessen Entscheidung protestiert, Horst Mahler nicht ans Krankenbett seiner sterbenden Mutter zu lassen - ein sonst selbstverständliches Recht von Gefangenen, das selbst in der "Menschenrechtskonvention" festgeschrieben ist. Die "Angeklagten" wurden freigesprochen, der erneute Versuch des Westberliner SPD-Senats, den Kampf um die Freiheit von Horst Mahler zu ersticken, scheiterte. Der Bruder Horst Mahlers deckte vor Gericht die Verlogenheit und Unmenschlichkeit der Entscheidung des Justizsenators auf (siehe nebenstehende Auszüge seiner Rede), von allen Angeklagten, ihren Verteidigern wurde, unterstützt von den dicht gedrängten Zuhörern, das Gericht angegriffen, sich mit dem Prozeß zum Fortsetzer der Entscheidung Oxfords zu machen, es wurde die Einstellung des Prozesses gefordert.

Staatsanwalt Weber, der berüchtigste Kommunisten-Verfolger in Westberlin, mußte kapitulieren, er bot eine Einstellung an, um einen Skandal zu vermeiden. Er ging so weit, einen Freispruch wegen "Verbotstrittum" vorzuschlagen, seine Entgegnung auf die Rede von Peter Mahler sprechen Bände über das Wesen der bürgerlichen Klassenjustiz: "Es ist nun viel geredet worden und die Gefühle sind deutlich geworden. Eine rechtliche Entscheidung hat allerdings mit Gefühlen wenig zu tun. Deshalb sehe ich keine Rechtsgrundlage für eine Einstellung. Ungerechtigkeiten, die jemand von jemand erleidet, sind kein Einstellungsgrund, erleidete Ungerechtigkeiten sind keine Verfahrenshindernisse im Sinne der Strafprozeßordnung... Die Entscheidung, die der Senat mit der Versagung der Genehmigung der Ausführung für Horst Mahler getroffen hat, ist mit absoluter Sicherheit sehr schmerzhaft für die Betroffenen. Aber hier haben wir nicht darüber zu befinden, ob Oxford richtig oder menschlich gehandelt hat. Wir entscheiden allein darüber, ob die Form - nicht die Ursache - des Protestes strafrechtlich zulässig war... Für eine Einstel-

lung müßten andere Vorschriften in Betracht gezogen werden" - womit Weber dann sein widerliches Angebot machte, die angeklagten Mitglieder und Freunde des Komitees FREIHEIT FÜR HORST MAHLER wegen Verletzung der Bannkreisverordnung schuldig zu sprechen, sie jedoch wegen "subjektiver Unschuld", d.h. "Verbotstrittum" freizusprechen. Mit diesem Trick sollte das "Bannmeilengesetz" selbst auf solche Protestformen wie "Piketing Line" ausgedehnt werden.

Welch einen reaktionären Charakter dieses Gesetz hat, machte die Vernehmung des Leiters des zuständigen Polizeireviers deutlich: während der Polizeioffizier nichts dagegen einzuwenden hatte, daß nach der Lorenz-Entführung sich hunderte von aufgehetzten Reaktionären spontan vor dem Rathaus versammelten und die Wiedereinführung der Todesstrafe forderten, daß dabei über Polizeimegaphone (!) Senatoren mit dem Versammelten diskutierten, war er gegen die "Piketing Line" des Komitees "FREIHEIT FÜR HORST MAHLER" sofort eingeschritten und hatte auch einen unbeteiligten Fotografen gleich festnehmen lassen!

Das Gericht begründete seinen Freispruch damit, daß eine "Piketing Line" keine Versammlung sei, also auch nicht verboten werden könne. Außerdem schütze die Bannmeile nur die gesetzgebenden Organe, sie dürfe jedoch nicht zum Verbot von Protesten gegen den Senat und einzelne seiner Entscheidungen mißbraucht werden!



Kundgebung verboten!

Während des Prozesses gegen die Mitglieder und Freunde des Komitees FREIHEIT FÜR HORST MAHLER forderte die ROTHE HILFE auch vor dem Moabit Gerichtshaus die sofortige Einstellung dieses Prozesses und die Eröffnung der Verfahren gegen den Meineidszeugen K. H. Ruhland, das von der Staatsanwaltschaft offensichtlich verschleppt wird, obwohl die Strafanzeige gegen ihn nun schon 3 Monate gestellt ist.

Der Polizeipräsident ließ diese Kundgebung mit der Begründung verbieten, sie dürfe sich nur an "hörwillige Teilnehmer", nicht jedoch an Passanten, Anwohner und die Justizbeamten richten! Deshalb sei ein Megaphoneinsatz untersagt! Welche Anstalt spricht aus dieser Begründung!!! WEG MIT DEM KUNDGEBUNGSVERBOT!

Neue Schikane gegen Genossen Mahler

Am 20.8.76 hat der Abteilungsleiter im Gefängnis Tegel, Wendt gegen Horst Mahler eine Hausstrafe verhängt: drei Monate soll ihm der monatliche Einkauf von Zusatznahrung- und Körperpflegemitteln im Gegenwert von 30,- DM verboten sein! Der fadenscheinige Vorwand: Horst Mahler habe "die Postkontrolle umgangen", indem er über die gegen ihn verhängten schikanösen Haftbedingungen anlässlich der Flucht von vier Gefangenen aus der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße an das Komitee

FREIHEIT FÜR HORST MAHLER berichtet hat.

Diese Willkürmaßnahme wegen eines wahrheitsgetreuen Bericht, der auch von der ROTEN FAHNE am 11.8.76 abgedruckt wurde, sollen den Kampf des Genossen einer vollständigen Zensur unterwerfen. Horst Mahler wie das Komitee FREIHEIT FÜR HORST MAHLER haben sofort beim Justizsenator Hübner schärfsten Protest erhoben und die Außerkräftsetzung der "Hausstrafe" gefordert.



Peter Mahler (stehend) bei der Veranstaltung des Komitees am 26. 5. 76

REDE PETER MAHLERS VOR GERICHT

Im Sinne der Anklage fühle ich mich nicht schuldig.

Im Oktober 1975 lag meine Mutter im Sterben. Am 23.10.75 ist sie für immer eingeschlafen.

Ich versuchte alles, was in meinen Kräften lag, um meiner Mutter ihren letzten Wunsch zu erfüllen. Es war der Wunsch, ihren Sohn Horst noch einmal sehen zu dürfen. Alle Familienangehörigen waren an ihrem Krankenbett versammelt - nur einer fehlte - mein Bruder Horst. Mehrmals versuchte ich, den damaligen Justizsenator Oxford persönlich zu sprechen - wurde aber immer wieder durch seine Referenten abgewimmelt. Ich ließ aber nicht locker. Endlich kam ein Telefongespräch mit Herrn Oxford zustande. Ich brachte mein Anliegen vor. Er sollte eine sofortige Ausführung meines Bruders an das Krankenbett unserer Mutter veranlassen. Dies lehnte er entschieden ab - mit der lapidaren Begründung aus "Sicherheitsgründen". Ich fragte Herrn Oxford, ob er befürchte, daß mein Bruder fliehen würde, oder welche Sicherheitsbedenken er hege. Zuvor machte ich ihn aufmerksam, daß eine Fluchtgefahr doch sehr absurd wäre, denn

1. hatte mein Bruder damals öffentlich erklärt, daß er sich durch die Entführung von Peter Lorenz nicht befreien ließe

2. hatte sich sein Rechtsanwalt Otto Schily, der sich auch für seine Ausführung eingesetzt hatte, als Geißel angeboten.

Herr Oxford erwiderte mir, daß nicht nur eine Fluchtgefahr erörtert wurde, sondern auch ein Risiko für meinen Bruder besteht, denn er müsse mit Feinden rechnen. Herr Oxford bot mir dann an, meine schwerkranke Mutter mit einem Krankenwagen in die Verwahranstalt Tegel bringen zu lassen - oder es sollte ein Telefongespräch zwischen Horst und meiner Mutter vermittelt werden. Beide Vorschläge mußte ich ablehnen, da der Zustand meiner Mutter derart ernst war, daß befürchtet werden mußte, sie würde einen Transport nach Tegel nicht überleben. Sie hatte auch zum Telefonieren keine Kraft mehr.

Zum Schluß des Gesprächs mit Herrn Oxford führte ich die Aussage des Herrn Dr. Niemöller an, als er während der Hitlerzeit im KZ saß. Sein Vater lag im Sterben und das unmenschliche Regime ordnete eine Ausführung an das Krankenbett des Vaters an. Für mich ist es unfassbar, warum dies nicht auch heute möglich wäre. Jedem anderen Gefangenen wird dieses Recht in solchem Fall eingeräumt. Darauf erwiderte Herr Oxford, daß mein Bruder von einem Rechtsstaat rechtmäßig verurteilt wurde, was bei Herrn Niemöller nicht zuträfe.

Daraufhin beendet ich das Telefongespräch und ging sofort zum Wittenbergplatz, wo meine Mutter mit meinem Bruder Klaus wohnte, um zu berichten, was das Gespräch mit Herrn Oxford ergeben hat. Kurze Zeit darnach klingelte das Telefon und mein Bruder Horst war am Apparat und wollte meine Mutter sprechen. Dieses Telefonat hatte offensichtlich der damalige Justizsenator Oxford vermittelt lassen, um sich seine schwarze Seele rein zu waschen. (...)

Als ich nun alle Mittel ausgeschöpft sah, eine Ausführung meines Bruders zu erreichen, erfuhr ich von der Existenz des Komitees "Freiheit für Horst Mahler". Ich setzte mich mit den Mitgliedern zusammen und es entstand der Gedanke, vor dem Rathaus Schöneberg mit einer Piketing-Line mit Umhängeschildern unsere Meinung kundzutun. Dieser Ort wurde ausgewählt, weil auch dort über die Ablehnung zur Ausführung entschieden wurde. Nach dem Tode unserer Mutter bekamen alle Familienangehörigen eine Sonderbesuchserlaubnis. Nach dieser Besuchsstunde entschlossen wir uns, gemeinsam einen nochmaligen Vorstoß zum damaligen Justizsenator Oxford zu machen. Wir fuhren gemeinsam - es waren 6 Familienangehörige - zum Amtssitz des Herrn Oxford, um wenigstens zur Beerdigung unserer Lieben Mutter, der wir sehr viel zu verdanken haben und die in uns stets weiterleben wird, eine Ausführung zu erreichen.

Vor dem Amtssitz angekommen, wurde uns der Zutritt ins Gebäude von einem Polizeiaufgebot verweigert. Wir machten die Beamten darauf aufmerksam, daß wir als Bürger dieser Stadt kommen und wir dem Justizsenator ein Anliegen vortragen möchten. Andere Bürger, die in das Amt wollten, wurden ohne weiteres an uns vorbeigelassen. Es empörten sich sogar einige von diesen Mitbürgern über die Handhabung, wie sie dort praktiziert wurde.

Nach einer Diskussion mit den Polizeibeamten kam ein Rechtsanwalt und gab uns dankenswerterweise Rechtsbeistand. Inzwischen kam auch der Einsatzleiter dieses Rollkommandos hinzu und schließlich durften wir die Eingangstür passieren. Wir machten uns auf die Suche nach dem Amtszimmer des Herrn Oxford. Durch das ganze Haus wurden wir von einer Polizeieskorte mit Maschinenpistolen begleitet. Was für ein diskriminierendes Gefühl war, brauche ich wohl an dieser Stelle nicht extra betonen. Wir brachten in Erfahrung, daß Herr Oxford nicht im Haus war. So wurden wir an den zuständigen Abteilungsleiter Herrn Roßbacher verwiesen. Dort brachten wir unsere Forderung zum Ausdruck, daß mein Bruder Horst wenigstens bei der Beerdigung dabei sein darf. Im Laufe des Gesprächs äußerte Herr Roßbacher, daß er mit meinem Bruder mehrmals gesprochen hätte, und er die Wahrscheinlichkeit eines Fluchtversuches ausschließt. Er, Herr Roßbacher, gehe sogar so weit zu sagen, daß er mit meinem Bruder auf dem Kurfürstendamm Kaffee trinken würde. Er sei jedoch nicht kompetent, eine Ausführungsgenehmigung zu erteilen. Er würde unsere Forderung an Herrn Oxford weiterleiten. Von wo wir dann auch einen abschlägigen Bescheid erhielten. Aus all diesen Gründen - eingeschlossen das Gesinnungs-Urteil gegen meinen Bruder Horst - muß und werde ich mich dafür einsetzen, daß das "Komitee Freiheit für Horst Mahler" ein Wiederaufnahmeverfahren erzwingt. Es lebe das "Komitee Freiheit für Horst Mahler!"

Staatsschutz-§ 90a

Der Staatsschutz - §90a, das Delikt "Verunglimpfung der BRD" ist das Werk von CDU, FDP und SPD, von Adenauer, Dehler und Schumacher. Als treue Vasallen des USA-Imperialismus hatten sie die Spaltung Deutschlands nach 1945 bewerkstelligt, ihr Haß galt der Sowjetunion, Stalin und allen demokratischen, patriotischen und kommunistischen Kräften. Diese mußten ausgeschalten, verfolgt und verboten werden, um die BRD zu festigen, wiederzubewaffnen und als "Bollwerk gegen den Kommunismus" auszubauen. Für all die, die ein friedliebendes wiedervereinigtes demokratisches Deutschland wollen, sollte kein Platz in diesem Separatstaat sei.

BLITZGESETZE

Hatte das Potsdamer Abkommen entsprechend dem Wunsch des deutschen Volkes und aller friedliebenden Völker und Staaten alle faschistischen Staatsschutzgesetze aufgehoben und jede Diskriminierung wegen Rasse, Religion und politischer Überzeugung verboten - die Adenauer, Dehler und Schumacher peitschten 6 Jahre später, 1951, neue - die alten - Staatsschutzgesetze im Bundestag durch: die "Blitzgesetze". Sie gingen sogar noch weiter als alle reaktionären Staatsschutzgesetze bis 1933,

"Im Interesse der ausländischen Auftraggeber will man die nationale Willensbildung des unseres Volkes verhindern und den Ruf aller nationalen Kräfte nach Abschluß eines Friedensvertrages, nach Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und Abzug aller Besatzungstruppen ersticken. Das ist der wirkliche Sinn dieser Vorlage. Jegliche nationale Forderung, sei es die der Arbeiter und der Unternehmer nach einem verstärkten Interzonen- und freien Handel, sei es die der Bauern gegen den Marshallplan für eine wirklich deutsche Landwirtschaftspolitik, sei es die Meinung der Arbeiter gegen die Demontage, der Kulturschaffenden gegen Überfremdung unseres Kulturlebens durch Schundliteratur und amerikanischen Filme, alle diese Maßnahmen will man im Interesse der ausländischen Auftraggeber unter Strafe stellen" (Bundestagsabgeordneter der KPD, Paul, während der Bundestagsdebatte über die Blitzgesetze 1951)

nicht nur "Hochverrat" und "Landesverrat", sondern erstmals in unmittelbar faschistischer Tradition die "Staatsgefährdung" sollte den Gesinnungsterror gegen Demokraten und Kommunisten fördern. Die deut-

sche Justiz, immer die Hure der jeweils herrschenden Kreise der deutschen Bourgeoisie, setzte diese Staatsschutz-Paragrafen weidlich ein:

Als Hochverräter wurde verfolgt, wer für die Wiedervereinigung Deutschlands eintrat. Jupp Angenfort, Vorsitzender der schon vor den "Blitzgesetzen" im Handstreich verbotenen FDJ wurde wegen seines Eintretens für das Programm der KPD zur nationalen Wiedervereinigung vom Bundesgerichtshof zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Weil er sich für die Verwirklichung eines gesamtdeutschen Sportverkehrs einsetzte, wurde der Rennfahrer Manfred v. Brauchitsch als Hochverräter angeklagt. Es waren tausende Staatsschutzverfahren, die die westdeutsche Klassenjustiz "zum Schutze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" durchführte. Nach dem KPD-Verbot, das das Programm der KPD für nationale Wiedervereinigung, die Propagierung des Marxismus-Leninismus für verfassungswidrig und verboten erklärte und verkündete, daß "diese Ordnung... in ihren Grundlagen von allen Parteien, auch denen, die sie für reform- und verbesserungsbedürftig halten, zu respektieren (ist)", stieg die Anzahl der politischen Strafverfahren noch weiter an: 1960 verhängte die Klassenjustiz 13 mal Zuchthaus-, 405 mal Gefängnis- und 33 mal andere Strafen aufgrund der Staatsschutzgesetze!

Wie die Adenauer-Regierung die Traditionen der Bourgeoisie von Hitler, Ebert, Hindenburg und Hitler fortsetzte, so blieb auch die Justiz auf dem Posten, auf dem sie immer war. Die Warnungen der KPD bei der Verabschiedung der "Blitzgesetze" 1951 vor den deutschen Richtern, die zu 85% auch unter Hitler diesen Beruf ausübten, bestätigten sich: 1960 plädierte ein Staatsanwalt in einem Prozeß gegen einen Kommunisten wegen "Staatsgefährdung": "Strafschwerend ist es, daß der Angeklagte schon einmal für ein politisches Delikt bestraft wurde" - unter Hitler!

Heute ist die Justiz wieder auf dem Posten: sie vollstreckt die Politik der Schmidt-Genscher-Regierung: die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen Monopolkapitals, die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Rücken der Werktätigen wiederlegen immer wieder auf s neue die Lüge vom krisenfreien Kapitalismus. Dies erklärt die Hysterie, mit der die Klassenjustiz die Anprangerung der Klassenwirklichkeit verfolgt.

WEG MIT DEM STAATSSCHUTZ-§ 90a!
KAMPF DEM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES!
KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD UND DDR!

Der Opportunismus des KBW

Bericht einer ROTEN HELFERIN aus Berlin-Neukölln

Unsere Ortsgruppe mobilisierte im Stadtteil zum Prozeß gegen die 8 Mitglieder des Komitees "Freiheit für Horst Mahler". Ich führte mit einem Kollegen ein Gespräch über die anstehende Kriminalisierung dieser fortschrittlichen Menschen. Das Gespräch ging darüberhinaus auf die gesamte politische Unterdrückung in der BRD und der DDR ein und darauf, wie die ROTE HILFE den Kampf gegen die faschistische und sozialfaschistische Gefahr organisiert. Dem Kollegen, der sich nach eigenen Angaben nie um die Politik gekümmert hatte, waren viele Tatsachen, die auf die faschistische Gefahr in unserem Land hinweisen, z. B. Polizeigesetze, Antiterrorgesetze usw., unbekannt. Er war aber sehr interessiert, weil er im Grunde nicht so einer sein wollte, der am Ende sagt: "Ich habe von nichts gewußt." Während er sich unseren Treffpunkt aufschrieb, kam eine Vertreterin des KBW hinzu, die den Kollegen provozierend anhaute, was er davon halte, daß wir nicht

den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie führen. Er guckte nur ziemlich erstaunt, weil ihm diese Behauptung nach unseren ausführlichen Gesprächen anscheinend völlig absurd vorkam. Als das also nicht verfiel, fragte sie ihn, ob er es richtig fände, daß die ROTE HILFE mit der CDU zusammen gegen die Mauer demonstriert habe. Erstens war es der KBW, der hinter der CDU hergelauscht ist, wenn auch unter der Losung "Kampf der CDU", während die ROTE HILFE der CDU, die im Sold der USA-Imperialisten die Spaltung Deutschlands vorangetrieben hat, jegliches Recht, gegen die Mauer zu demonstrieren, absprach! Allerdings kämpfte die ROTE HILFE am 13. August in der Aktionseinheit mit der KPD und der KPD/ML gegen die Zuchthausmauer der Honecker-Clique und ihre sozialfaschistische Diktatur über die Arbeiterklasse der DDR. Obwohl ich dieser "Genossin" vom KBW schärfstens entgegentrat (mir war langsam der Kraken ge-

platzt) hielt sie gegenüber dem Kollegen an der platten Lüge fest und in den Chor der Revisionisten von DKP/SEW verfallend behauptete sie, wir hätten mit unserer Demonstration die Kriegspläne der CDU gegen die DDR unterstützt. Ob wir denn nicht sehen würden, daß die westdeutsche Bourgeoisie eine Aggression gegen die DDR vorhabe. Danke dem KBW für diese Entlarvung! Besser konnte sie die Behauptung nicht bekräftigen, daß der Opportunismus des KBW letztendlich dem sowjetischen Sozialimperialismus und seinem Agenturen DKP und SEW dient, die hier ebenfalls die Theorie des westdeutschen Revanchismus verbreiten, um von den Kriegsgelüsten des russischen Sozialimperialismus abzulenken. Der KBW unterstützt mit dieser Position vollständig die Besetzung des einen Teils Deutschlands durch die sowjetischen Truppen. Dem KBW zufolge nutzen die sowjetischen Truppen den Bodern der DDR nicht als Vorposten für die russische Vorherrschaft über ganz Deutschland und Europa, sondern sie stehen da, um dem Volk der DDR "brüderliche Hilfe" gegen die Aggression der BRD zu geben.

An die fortschrittlichen und demokratischen Bildenden Künstler und Fotografen in der Bundesrepublik und Westberlin

Aufruf der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender zur Beteiligung an einer Ausstellung gegen Politische Unterdrückung, Entrechtung und Zensur in Deutschland

«Wo Unterdrückung herrscht, wächst der Widerstand!»

Informationen zur Ausstellungsbeteiligung

Die Arbeitsgruppe Bildende Kunst der Ortsgruppe Köln der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender (VSK) organisiert die Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung. Sie soll Anfang Dezember in Köln eröffnet werden. Die ausgestellten Arbeiten sollen auch zum Verkauf angeboten werden. Zur Wahl eines Vorbereitungsausschusses treffen sich interessierte Kollegen im Oktober. Zur Übersicht bitten wir jeden Künstler, der an der Ausstellung teilnehmen will, den Anmeldebogen (siehe unten) auszufüllen und bis spätestens zum 1. Oktober an die VSK Köln, Glibbestraße 34, 5000 Köln 1 zu schicken. Zur Deckung der notwendigen Ausgaben bitten wir alle Teilnehmer, 5,- DM Unkostenbeitrag auf das Konto der VSK (Rainer B. Schössig - Sonderkonto, FCKA Köln, Nr. 29 48 63 - 507, Kennwort "Künstler gegen politische Unterdrückung") zu überweisen.

Wozu diese Ausstellung?

Aufgabe der Ausstellung "Wo Unterdrückung herrscht, wächst der Widerstand" soll es sein, die Breite der Bewegung einer parteilichen Kunst aufzuzeigen. Sie soll noch isoliert schaffende Künstlerkollegen ermutigen, sich mit Gleichgesinnten an diesem Punkt zusammenzusetzen. Sie soll helfen, dem Diktat der Anpassung an den bürgerlichen Kunstmarkt entgegenzutreten. Sie soll der Öffentlichkeit zeigen, daß die Künstler nicht vor der "rauen Wirklichkeit" fliehen, sondern bereit sind, dieser den Spiegel vorzuhalten. So soll diese Ausstellung selber Teil des Kampfes gegen die politische Unterdrückung sein. Zusammen mit den Besuchern soll diskutiert werden, wie die Kunst diese Bewegung unterstützen kann.



Christine Nestler (VSK-Werkstatt Westberlin), "Kein Berufsverbot für die Lehrerin Ursula Pfander!"

Dies ist ein Beispiel einer Malekollagen aus unseren Reihen. Wir wissen, daß viele Kollegen völlig andere inhaltliche u. formale Lösungen für die Darstellung des Themas suchen und finden. Wir hoffen auf die Teilnahme auch dieser Kollegen!

ANMELDUNG

Zur Teilnahme an der Kollektivausstellung "Wo Unterdrückung herrscht, wächst der Widerstand" (Köln, Dezember 1976)

Ich möchte mich an der Ausstellung mit ... Arbeiten beteiligen. Voraussichtlich handelt es sich bei den von mir vorgezeichneten Arbeiten um ... (Grafiken, Malerei, Plastik, Fotos etc. - bitte angeben).

Ich möchte zu dem Treffen zur Wahl einer Jury eingeladen/nicht eingeladen werden.

Name/Vorname:

Straße: PLZ/Ort:

Datum: Unterschrift:

Die KPD informiert

Politische Auslei Unterdrückung der kommunistischen Presse, Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereinigungen Opfer des Palastterrors

Politische Unterdrückung in der BRD und Westberlin

200 Seiten, Preis 5 DM, Bestellungen an Verlag Rote Fahne, Kamekestr. 19, 5000 Köln.

Kämpft mit der **KPD**

Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!

Agitationsbroschüre der KPD zu den Bundestagswahlen 1976

Verlag Rote Fahne

KPD-Wahlbroschüre, 2,50 DM

Da für den KBW der BRD-Imperialismus als Hauptfeind Nr. 1 rangiert, bedeutet seine Politik eine Entwaffnung der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Gleichzeitig stellt sich der KBW mit dieser Politik der internationalen Einheitsfront der Arbeiterklassen, Völker, Nationen und Staaten gegen die beiden Hauptkriegstreiber, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus entgegen.

In der anschließenden Diskussion mit dem etwas ratlos dabeistehenden Kollegen sagte ich ihm, daß es kurzfristig und auch falsch ist, wenn man nur die Verhältnisse in einem einzigen Land betrachtet. Da die ROTE HILFE für den Sozialismus kämpft, ist auch entscheidend für sie, wie die Völker im internationalen Maßstab gegen den Imperialismus kämpfen. Ich verwies auf die Leitsätze der ROTE HILFE in der Juli-Nummer unserer Zeitung, in denen die politische Linie der ROTE HILFE angesichts der gegenwärtigen internationalen und

nationalen Lage entwickelt wird, worauf der Kollege unsere Zeitung sofort kaufte. Den Treffpunkt unserer Ortsgruppe wußte er ja schon!

Das sozialistische Albanien weist den europäischen

EIN KLEINES LAND ERRINGT SIEG UM SIEG

EINE REISEGRUPPE BERICHTET

In diesem Sommer nahmen zu ersten Mal in größerem Umfang Genossen der ROTEN HILFE an den Reisegruppen der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS nach Albanien teil. Zurückgekehrt berichteten sie begeistert von den großartigen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus und dem herzlichen Empfang, den ihnen das albanische Volk und seine marxistisch-leninistische Partei bereitet hatten. In der Reisegruppe Nr. 7 wurde ein Brief an den inhaftierten Genossen Horst Mahler verfaßt, den wir hier abdrucken, um ein Bild von der Reise zu vermitteln. Voran stellen wir einige Informationen über den heutigen Entwicklungsstand des Landes.

EINIGE INFORMATIONEN ÜBER DAS ALBANIEN VON HEUTE

Die Volksversammlung, das höchste staatliche Organ in Albanien, hat den Entwurf für eine neue Verfassung ausgearbeitet und den Massen zur Beratung vorgelegt. Nach Abschluß der Beratungen wird die Volksversammlung die neue Verfassung endgültig verabschieden. Damit tritt die Verfassung von 1946 außer Kraft. Im vorgelegten Verfassungsentwurf trägt die Volksrepublik Albanien bereits einen neuen Namen, nämlich "Sozialistische Volksrepublik Albanien". Was liegt diesem Vorschlag der Namensänderung zugrunde? In der Politik bedeutet die Namensänderung, daß der volksdemokratische Staat, dem die erste Verfassung diente, stets auf dem Weg des Sozialismus voranschreitend das Volk zum Herren seiner Geschichte gemacht hat. Die Arbeiterklasse wurde zur Führerin des Staates und der Gesellschaft. Die ausländischen Imperialisten wurden vertrieben, ihr Einfluß gebrochen und das Land gegen Angriffe gesichert. Albanien widersetzte sich als einziges europäisches Land erfolgreich dem Druck des modernen Revisionismus und hielt unerschütterlich am Marxismus-Leninismus fest. Heute ist es das einzige Land in Europa, das

die Bezeichnung "sozialistisch" zu Recht trägt.

Was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, sind die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus seit langem aufgebaut. Das Land kann seine Naturreichtümer inzwischen selbst weiterverarbeiten. Die Energieversorgung ist durch Wasserkraftwerke und Erölförderung gewährleistet. Mit besonderen Anstrengungen wurde die Schwerindustrie aufgebaut und erreicht heute Weltniveau. Auf dem Land herrscht das genossenschaftliche Eigentum vor und wird nun in größerem Umfang in staatliches Eigentum überführt.

Einige Zahlen sollen genannt werden, die den gewaltigen Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft widerspiegeln: Die industrielle Jahresproduktion des - allerdings sehr rückständigen - Albanien vor der Befreiung wird heute in vier Tagen erreicht. Der pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an Konsumgütern ist seit 1950 um das 2,3-fache gestiegen. Für den 6. Fünfjahresplan (1976 - 1980) wurden weitere ehrgeizige Pläne aufgestellt. Die industrielle Gesamtproduktion soll in diesem 5-Jahres-Zeitraum um 41-44% steigen, die landwirtschaftliche Produktion um 37-40 %.

Die alten Ausbeuterklassen existieren nicht mehr. Der Aufbau des Sozialismus wird getragen vom Bündnis der Arbeiter mit den Genossenschaftsbauern sowie der Volksintelligenz. Die Übernahme von führenden Positionen durch Arbeiter in allen gesellschaftlichen Bereichen wird

immer besser verwirklicht. Gegen die bürgerlichen Einflüsse, die von den alten Ausbeutern, vom westlichen Imperialismus wie vom modernen Revisionismus ausgehen, wird ein harter ideologischer Klassenkampf geführt. Besonders in den Führungsorganen von Staat und Wirtschaft wird ein umfassender Kampf gegen Liberalismus und Bürokratismus geführt.

Die neue sozialistische Verfassung zeigt den Weg für den vollständigen sozialistischen Aufbau des Landes und für sein Voranschreiten zum Kommunismus. Jeder Artikel gründet auf dem Ziel der revolutionären Einheit des Volkes um die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei. Jeder Artikel ist ein Schlag gegen den modernen Revisionismus. Zwei Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und des Ministerrats, die in diesem Jahr gefällt wurden, mögen veranschaulichen, wie der Kampf um die revolutionäre Einheit des Volkes geführt wird. Der erste Beschluß betrifft die Verbesserung des Lohnsystems. Gemäß dem sozialistischen Prinzip der Bezahlung nach der Leistung gibt es natürlich Lohnunterschiede. Aber es wird die Gefahr gesehen, daß die besser Bezahlten sich von der großen Masse der Arbeiter entfremden,

zu einer privilegierten Schicht werden. So führt die Partei einen Kampf zur Verringerung der Lohnunterschiede, die bisher zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen ein Verhältnis von 1:2,5 ausmachten. Durch den am 1. April 1976 wirksam gewordenen Beschluß wurden die hohen Löhne reduziert, so daß jetzt ein Verhältnis von 1:2 erreicht wurde.

Ein schwere Erbe der Vergangenheit ist die Benachteiligung des Landes gegenüber der Stadt, die die Gefahr mit sich bringt, daß sich die Bauern von den Arbeitern entfremden. So wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die die Entwicklung der landwirtschaftlichen Gegenden, besonders der benachteiligten Berg- und Hügelgegenden fördern sollen. Der Staat übernimmt z. B. die Ausgaben für Ambulanzen, Mütterberatungsstellen, Entbindungshäuser, Kindergärten, Kulturhäuser und die Instandhaltung des Elektrizitätsnetzes. Stickstoffdünger kann von den Genossenschaften zu ermäßigtem Preis vom Staat gekauft werden. Die Neuanlage von Bewässerungskanälen und von Maschinenstationen wird vom Staat finanziert.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien wird den Ruhm des Sozialismus verbreiten und den europäischen Völkern ein leuchtendes Beispiel sein.

BERICHT EINER REISEGRUPPE

Korça, 5. 8. 1976

Lieber Genosse Horst,

wir sind zu Gast im sozialistischen Albanien. Unsere Gastgeber eröffnen uns die großartige Möglichkeit, den sozialistischen Aufbau, der sich in einer Atmosphäre revolutionärer Masseninitiativen entwickelt, kennenzulernen. Natürlich sind wir wißbegierig und nehmen aufmerksam die Lehren auf, die uns dieses heldenhafte Volk mit seiner kämpferischen marxistisch-leninistischen Partei vermittelt. Einiges von dem, was wir hier sehen und hören, wollen wir Dir berichten.

Was wußten wir von Albanien, als wir hierher gereist sind? Wir wußten, daß gegenwärtig der Entwurf einer neuen Verfassung im Volk diskutiert wird, die die Verfassung von 1946 ablösen soll. Die albanischen Genossen sprechen in diesem Zusammenhang von einer "allgemein revolutionären Situation, in der die breitesten Schichten des Volkes, groß und klein, wie ein Mann rings um ihre Partei, ihr Zentralkomitee und den geliebten Führer der Partei und des Volkes, Genossen Enver Hoxha, vereint sind."

Wie verwirklicht die Partei der Arbeit diesen engen Zusammenschluß des Volkes, wie stellt sich die revolutionäre Situation in den verschiedenen Lebensbereichen dar? - das waren die Fragen, denen wir nachgehen wollten. Die erste Antwort gaben uns die jungen Pioniere, die uns in ihr Lager eingeladen hatte. Dieses Lager faßt 1500 Jungen und Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren. Es liegt an einem der schönsten Strände Albaniens, in der Bucht von Durres, unter hohen, schattenspendenden Bäumen.

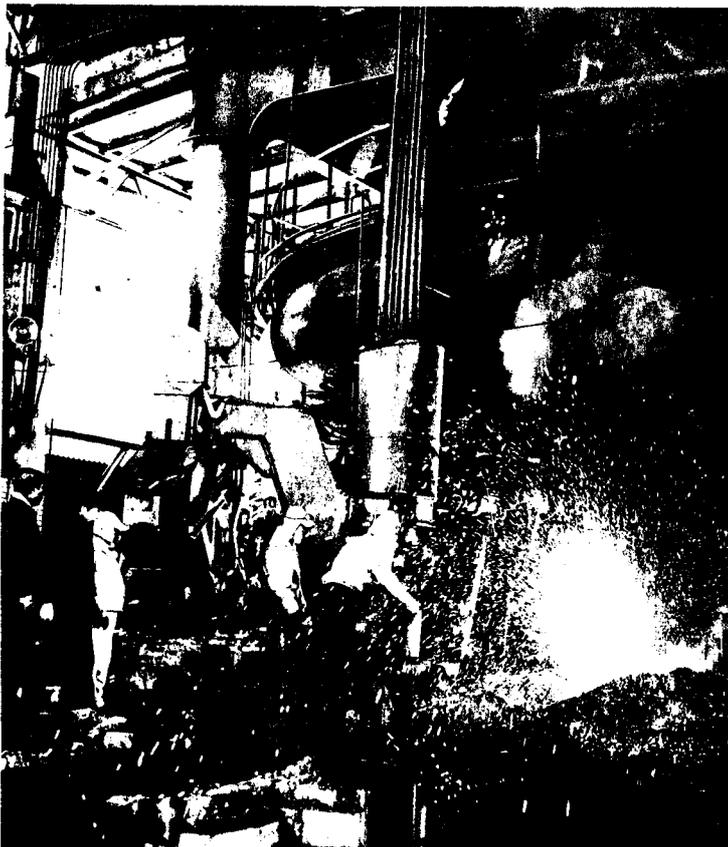
Das Lager ist streng bewacht! Am Eingang, vor den Schlafhäusern und vor den revolutionären Denkmälern auf dem Lagergelände hatten die Pioniere aus ihren Reihen Wachen mit weißer Bluse und rotem Halstuch aufgestellt. Wir gingen

zum Strand und sahen als erstes nur eine Staubwolke - sie stieg auf von 500 Pionieren, die uns mit so begeistertem Klatschen begrüßten, daß sich der Sand, in dem sie vorher gelegen hatten, von ihren Leibern löste. So ernst und überzeugend wie der Ernst der Wachen war die Begeisterung dieser Kinder. Sie brachten zum Ausdruck das tiefe Vertrauen in die Partei und die Führung des Lagers und ihr Verständnis von der Bedeutung des proletarischen Internationalismus. Werden Freunde durch Tor gelassen, so sind sie Gäste aller Pioniere und es wird ihnen von allen freundschaftliches Vertrauen entgegengebracht. Aber die Wachen sind und bleiben engeteilt. Sie sind ein Abbild der revolutionären Wachsamkeit, die im ganzen Volk gegenüber äußeren und inneren Feinden besteht. Wir verständigten uns mit den Pionieren mittels revolutionärer Lieder, die wir uns gegenseitig am Strand vorsangen.

Der Anblick dieser Kinder erfüllte uns mit tiefer Freude. Sie waren alle hellwach, kräftig und kannten die Kraft ihrer freiwilligen Disziplin. Diese Kinder, die Pionierlager, die zehntausenden von Schulen und Krankenhäusern, die seit der Befreiung errichtet wurden, sind ein Unterpfand für die erfolgreiche Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus. Die Fürsorge, die die Partei den Kindern des Volkes entgegenbringt, ist ein unerschütterlicher Beweis ihres revolutionären Optimismus, ihrer Bereitschaft, das Banner des Marxismus-Leninismus hochzuhalten und die Diktatur des Proletariats weiter zu festigen.

Der gegenwärtige revolutionäre Aufschwung konzentriert sich in den Bereichen des revolutionären Klassenkampfes, der Produktion und der Landesverteidigung. Er wird gestützt von hervorragenden Erziehungseinrichtungen, von denen wir einige besuchten. Da war das Atheistische Museum von Shkodra. Es dokumentiert für diesen Bezirk die Kumpanei des Klerus mit sämtlichen Okkupanten und den Kampf der Partei gegen Religiosität und Rückständigkeit. Über dem Eingang das Wort von Karl Marx: "Religion ist Opium fürs Volk" Auf zwei Bildtafeln wird der Vergleich zwischen der Zeit vor der Befreiung und heute gezogen, indem die Anzahl der Kirchen und Moscheen der Anzahl

IM METALLURGISCHEN KOMBINAT ELBASAN



Völkern den Weg



"HÜTTENARBEITER"
unten: STAATSWAPPEN
DER VOLKSREPUBLIK
ALBANIAN



der Schulen im Bezirk Shkodra gegenüber gestellt wird. Hier wird schlagend klar, warum die Massen auf dem Land sagen, die Partei hätte ihnen das Licht gebracht: Während heute jedes Kind mindestens eine achtklassige Schule besucht, konnte man vor der Befreiung die Anzahl der Schulen an den Fingern einer Hand abzählen. Die letzte Kirche und Moschee konnte 1967 mangels Nachfrage geschlossen werden - und wenig später strömten die Menschen in die alten Kriechbauten, denn sie waren völlig undogmatisch umgebaut zu Sporthallen, Kinos, Versammlungshäusern und Markthallen. In der Hauptstadt Tirana haben wir das Museum für die schönen Künste besucht. Der Gang durchs Museum war wirklich atemberaubend. Jedes der Bilder preist die Schönheit des Landes, die Entschlossenheit seiner Menschen, ihr Land zu schützen und ihre sozialistische Ordnung aufzubauen und die kluge marxistisch-leninistische Führung durch die Partei. Viele beschreiben den Befreiungskrieg als Schule der sozialistischen Revolution. Das Bild, das wir am längsten und am genauesten betrachtet haben, können wir Dir in einer Reproduktion mitschicken. In Wirklichkeit ist es so groß wie eine Wohnzimmerwand. Es zeigt die Delegierten der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im Jahre 1960. Durch das Auftreten des Genossen Enver Hoxha aus der Mitte der Delegierten der sozialistischen Länder wird das gesamte Revisionistenpack in Auflösung versetzt. Chruschtschow ist mit den Zeichen seiner Würde als Steuermann des revisionistischen Lagers ausgestattet: ein Mikrophon und ein Stuhl für einen breiten Hintern. Aber die unerschütterliche Treue des Genossen Enver Hoxha zum Marxismus-Leninismus, sein zentraler Angriff gegen die revisionistische Versöhnung mit dem USA-Imperialismus macht diese hohle Würde zunichte. In der revisionistischen Gruppe gibt es ein großes Stühlerücken, Gestikulieren und Füßteballen. Ihre Niederlage unter den Schlägen der kommunistischen Parteien, die den Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus hochhalten, ist in diesem Bild vorgezeichnet.



PIONIERE BEGRÜßEN DIE GÄSTE AUS DEUTSCHLAND

Wie die Kunst, so flößt das ganze Antlitz dieses Landes revolutionäre Zuversicht ein. Wir wollen hier beschreiben, was wir auf unseren Busfahrten durch das Land sehen. Die schönsten Plätze in den Städten sind den Führern des internationalen Proletariats Lenin und Stalin geweiht, indem man ihnen Bronze-Bildnisse aufgestellt hat. Den unbeugsamen Freiheitswillen des albanischen Volkes zeigen die Standbilder des Volkshelden Skanderbeg. Er einigte und führte im Mittelalter die bewaffneten Kräfte des Landes zum Widerstand gegen die türkische Invasion. Im Berg- und Hügeland sieht man an den Hängen riesige Inschriften: "Lavdi PPSH" - Ruhm der Partei der Arbeit Albanien und "Parti - Enver". Von Fabriken, Verwaltungsgebäuden, Schulen usw. leuchten die Parolen: "Lavdi Marksizem-Leninizmit" - Ruhm dem Marxismus-Leninismus, "Rrofte Shoku Enver Hoxha" - Es lebe Genosse Enver Hoxha, "Lavdi Internationalizmit proletar" - Ruhm dem proletarischen Internationalismus. Standbilder vom Partisanenkampf und die Bildnisse hervorragender Helden mahnen das Volk, seine geliebten Söhne nie zu vergessen. Mit dem Blut und Leben von 28 000 Menschen hat Albanien seine Freiheit gegen die italienischen und deutschen Faschisten erkämpft. Als die faschistischen Okkupanten aus dem Land gejagt waren, bildeten sich in den Bergen mit Hilfe des amerikanischen und des britischen Imperialismus kriminelle Banden, die einen feigen Terror gegen die Landbevölkerung ausübten, besonders um die Landreform zu verhindern. Im Jahre 1949 fielen griechische Monarchofaschisten im südlichen Albanien ein, um weitere Kämpfer geben ihr Leben für die Verteidigung des Vaterlandes. Den unsterblichen Heldentaten der Opfer des Befreiungskrieges wollten wir unsere

"DIE MOSKAUER BERATUNG", GEMÄLDE VON GURI MAHDI



Verehrung bezeugen. In Tirana und in Korça haben wir den Friedhof für die gefallenen Kämpfer besucht. Sie liegen beile weithin sichtbar auf einem Hügel über der Stadt und genießen die sorgfältige Pflege durch den Staat und die Bürger des Landes, gleich welchen Alters. Die Grabplatten geben Auskunft, daß die jüngsten der gefallenen Kämpfer 16 und 15 Jahre alt waren. In selbstgewählter Disziplin verneigten wir uns vor den gefallenen Helden und gelobten in einer Ansprache, daß wir darum ringen wollen, als würdige Erben ihres Kampfes zu gelten - auch wenn unsere Völker durch mehrere Grenzen getrennt sind. Die Siege des albanischen Volkes sind uns ein Ansporn, seine Opereine Verpflichtung zum unerbittlichen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Der Blumenstrauß, den wir niederlegten und der Gesang der Internationale bekräftigten unser Versprechen.

Ein mitreißendes Beispiel für den Zusammenschluß des Volkes um die Partei der Arbeit Albanien gaben uns die Darbietungen einer folkloristischen Laiengruppe aus Kruja. Sie traten in traditionellen Trachten und mit den alten Instrumenten auf, einige der Mitglieder waren Greise von mindestens 70 Jahren. Nun hatten einige von uns erwartet, daß die Schönheit des Landes, eine reiche Ernte, der Frühling usw. besungen wird. Aber wir mußten erkennen, daß wir die schöpferische Kraft des Bündnisses der albanischen Arbeiter und Bauern unterschätzt hatten. Die Lieder, die wir hörten, besangen Gjirokaster, die Geburtsstadt Envers, den 35. Gründungstag der PAA, den Entwurf für die neue Verfassung und das 4. Plenum des gegenwärtigen Zentralkomitees. Und was sangen die Greise mit den riesigen Schnurrbärten? Sie sangen das Lied "Albanien wird niemals alt" und ertreten den herzlichsten Applaus der Zuschauer.

Von den Kindern bis zu den Greisen spannt sich die revolutionäre Einheit dieses Volkes, die uns als Gästen einen gewaltigen Antrieb gibt, auf dem Weg des Marxismus-Leninismus dem albanischen Volk nachzuzugelen.

Wo steht Albanien heute in seiner sozialistischen Entwicklung? Ein Professor der Universität von Tirana erklärte sich bereit, für die deutschen Gäste zu dieser Frage zu sprechen. Die ökonomische Basis des Sozialismus ist nun vollständig aufgebaut. Heute ist die Zeit für den vollständigen Aufbau des Sozialismus gekommen. Er gründet sich auf dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern und der Volksintelligenz. Gewaltige Aufgaben wurden bisher bewältigt. Zur Zeit der Befreiung war Albanien das ärmste Land Europas. Die erste Eisenbahn fuhr hier 1948! Heute schließt Albanien in Elbasan den Bau eines metallurgischen Kombinats ab mit 15 000 Beschäftigten und einer Technologie auf Weltniveau. Es läßt sich in hundert Briefen nicht beschreiben, mit welcher Hingabe das Volk diesen unerhörten Aufschwung erkämpft hat. Zwei wichtige Dinge, die wir bei unseren Besuchen in landwirtschaftlichen Kooperativen, Industriebetrieben und in der Industrieausstellung in Tirana gelernt haben, wollen wir festhalten:

1. In diesem Land gibt es keinen Stillstand. Natürlich erscheint kein Paradies vor den Augen des Besuchers und manchmal waren wir versucht zu kritisieren: da müßte noch etwas gemacht werden, hier fehlt noch etwas. Aber der Blick auf den nationalen Aufbauplan der Wirtschaft belehrte uns eines Besseren: Stillstand ist hier nur scheinbarer Stillstand, denn der Plan bringt es mit sich, daß die Kräfte des Wirtschaftsaufbaues an den entscheidenden Punkten konzentriert werden, z. B. der Schwerindustrie und der Energiegewinnung, von wo dann Kräfte in die anderen Bereiche ausgehen. Das ist die planmäßig bewußte Ordnung, die die Arbeiterklasse unter ihrer Herrschaft verwirklicht.
2. "Nichts wird vom Himmel fallen, alles werden wir mit unseren Händen aufbauen." (Enver Hoxha 1945) Das marxistisch-leninistische Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft hat in Albanien seine glänzende Bestätigung gefunden. Die Grundlagen der industriellen Entwicklung fehlten. Die Imperialisten und später die Revisionisten verhängten eine brutale Wirtschaftsblockade über Albanien - und dennoch ist das Land erblüht. Albanien ist ein glänzender Ansporn für alle Völker, die Sache ihrer Befreiung in die eigene Hand zu nehmen, jedem Feind zum Trotz.

Im Vertrauen auf die eigene Kraft unablässig vorwärts zur Befreiung unseres Volkes - das ist die große Lehre, die uns das albanische Volk vermittelt. Das ist auch der Weg, die Freundschaft unserer beiden Völker zu festigen. Unsere Gastgeber, die Genossenschaftsbäuerin in den Bergen, der Leiter des Pionierlagers, die Führer durch Fabriken und Museen, der Universitätsprofessor aus Tirana haben nie versäumt, uns darauf hinzuweisen. Sie wünschten uns stets viel Erfolg bei der Erreichung unserer Kampfziele, besonders bei unserem Kampf um die Wiedervereinigung unseres Landes.

Lieber Horst, wir wissen, daß Dir die Befreiung unseres Volkes höher steht als Deine Freilassung aus dem Kerker der westdeutschen Bourgeoisie. Sei aber gewiß, daß unser Kampf um Deine Freilassung durch die Freundschaft mit dem albanischen Volk einen gewaltigen Antrieb erhalten wird.

Rot Front!

Reisegruppe Nr. 7 der Liga gegen den Imperialismus (bestehend aus Genossen der Liga, der ROTEN HILFE, des KSV, einem Genossen der Jugendorganisation des KBW Göttingen, 3 Genossen aus der Schweiz und vier Kindern)

I. BEI EINER FAMILIE VON POLITISCHEN GEFANGENEN

Während meines Aufenthaltes in Madrid hatte ich die Gelegenheit, die Familie Diz zu besuchen, über deren gefangene Söhne die Westberliner Ortsgruppen der Roten Hilfe die Patenschaft übernommen hatten. Ich wusste durch die Informationen der CUSPE ziemlich gut über die Familie Bescheid und betrachtete es als ein freudiges Ereignis, die tapfere Familie sehen und selber sprechen zu können, ihr die Grüße der Roten Hilfe und ein Geschenk für die Söhne im Gefängnis überbringen zu können.

Ich klingelte eines Nachmittags an der Wohnungstür. Eine kleine, zierliche Frau öffnet mir, die Mutter. Sie schaut mich zuerst -ein fremdes Gesicht- überrascht und besorgt an, doch nachdem sie sich überzeugt hat, dass ich der angemeldete Besuch bin, hellt sich ihr Gesicht sofort auf. Ich werde hereingeholt und muss mich ins Wohnzimmer an den Tisch setzen. Ich berichte ihr über unsere Arbeit in der BRD und Westberlin, über die Weihnachtshilfe, die Veranstaltungen, die Sammlungen. Ich berichte, dass einige unserer Ortsgruppen Patenschaften über politische Gefangene und deren Familien eingerichtet haben und dass die gesammelten Gelder nach Spanien weitergeleitet werden. Sie nickt und bestätigt, dass viele Familien unterstützt werden, insbesondere durch Gelder aus Westberlin und Frankfurt. An ihrem eigenen Haushalt rechnet sie mir vor wie notwendig die internationale Hilfe gerade gegenwärtig ist. "Die Summen, die im eigenen Land aufgebracht werden können, werden angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der unglaublichen Teuerung immer geringer, aber gleichzeitig steigen die Unterstützungsfälle durch die verstärkte Repression!"

Dann berichtet die Mutter über die Familie. Sie stellt mir die Familienmitglieder ausführlich anhand eines Familienbildes vor: "Wir sind insgesamt neun Mitglieder. Ich, der Vater (der gerade auf Arbeit ist), meine drei Söhne Jesus, Jorge und Alexandro. Meine Tochter Angeles und die zwei Frauen von Jesus und Jorge, Beatriz und Pilar. Dazu kommt der kleine Alexandro mit zweieinhalb Jahren, das Kind von Jesus und Beatriz.

Gegenwärtig sind nur noch ganze drei zu Hause: der Vater, ich und der kleine Alex, den ich aufziehen muss. Meine zwei Söhne Jorge und Jesus sitzen im Gefängnis von Carabanchel, sie sind nach dem 1. Mai 1973 verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Meine Schwiegertochter Beatriz ist gefangen im Frauengefängnis von Alcalá bei Madrid. Sie wurde im September 1975 verhaftet wegen angeblichem "Angriff auf die bewaffneten Kräfte". Der Staatsanwalt fordert 114 Jahre. Mein dritter Sohn Alexandro ist nach der Verbüßung einer zweieinhalbjährigen Haft ins Ausland geflohen, um einer neuen Verhaftung zu entgehen.

EIN GENOSSE DER ROTEN HILFE BERICHTET ALS AUGENZEUGE

Ein Genosse der ROTEN HILFE besuchte im Juli die Familie Diz in Madrid. Die gefangenen Brüder Jorge und Jesus Diz wurden von einigen Ortsgruppen durch Patenschaften betreut. Der Genosse überbrachte der Familie die Kampfesgrüße der ROTEN HILFE und konnte die gefangenen Genossen bei ihrer Freilassung am 24. Juli mit empfangen. Wir geben hier seinen Bericht wieder.

Die drei Genossen der FRAP, Jesus Diz, Jorge Diz und Jose Luis Diaz Fernandez, deren Bilder im Weihnachtsaufruf der ROTEN HILFE abgedruckt waren, ebenso wie ein ZK-Mitglied der revisionistischen PCE wurden nach dem Inkrafttreten der "Strafrechtsänderungsreform" vom 21. 7. entlassen. In der "Reform" werden die Strafen für bestimmte Tatbestände wie illegale Versammlung, Vereinigung und Propaganda gemildert. Diese Reform wurde eingeführt, um die sogenannte "Demokratische Opposition", einschließlich der Revisionisten zu legalisieren. Die "großzügige Amnestie" die der König versprach, die auch von den Revisionisten als "vertrauensereckender Schritt" bezeichnet wird, hat bislang nur einem kleinen Teil der politischen Gefangenen die Freiheit gebracht. Die Faschisten einschließlich der "Demokratischen Opposition" mit den Revisionisten sind sich einig, daß die Antifaschisten und Patrioten, die den Sturz der Monarchie fordern und am unversöhnlichen Kampf festhalten hinter Gittern bleiben sollen. Umso stärker muß die internationale Unterstützung organisiert werden.

Dasselbe mussten meine Tochter Angeles und die Frau von Jorge tun. Ganze drei sind übrig!"

Dann berichtet die Mutter von den Verhaftungen der Söhne, der Verfolgung der ganzen Familie im Anschluss, den Verhören, den auch sie unterzogen wurde, denn die Familienangehörigen gelten als die Unterstützer "krimineller" Delikte. Sie berichtet von den Folterungen an den Söhnen und der Schwiegertochter, die durch ärztliche Befunde erwiesen sind. Wir haben viel durchgemacht in den letzten drei Jahren, sagt sie" aber die Kinder haben durchgehalten. Keiner hat etwas ausgesagt und andere damit belastet trotz Elektroschocks, trotz der Schläge. Darauf bin ich stolz. . . Wir helfen den Kindern so gut es geht. Manchmal war es fast zu schwer; die Sorge, ob sie noch leben, was mit ihnen gemacht wird, wie wir selber über die Runden kommen usw. Aber die Kinder haben nicht aufgegeben und wir Zurückgebliebenen mussten auch durchhalten. Ohne Unterstützung von aussen sind die politischen Gefangenen verloren. Sie müssen wissen, dass für sie gesorgt und gekämpft wird. Angesichts der miserablen Haftbedingungen, des ungenießbaren Essens, der Kälte im Winter ist die Unterstützung von aussen eine Frage von Leben und Tod.

Die Mutter berichtet, dass die Familien und Freunde der politischen Gefangenen eng zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen. Sie helfen sich mit Geld aus, z. B. wenn eine Kaution aufgebracht werden muss oder wenn eine Familie in Not ist, sie verfassen gemeinsame Protestschreiben, informieren die Presse über die Zustände oder Vorkommnisse im Gefängnis. Gegenwärtig wird eine Organisation aufgebaut, die "Vereinigung der Familienangehörigen und Freunde der politischen Gefangenen"(A. A. F. P. P.) die die gegenseitige Hilfe auf ein festes Fundament stellen soll. Die politischen Gefangenen haben sich ebenfalls zu Gemeinschaften("communas") zusammengeschlossen. Darin lösen sie alle Probleme gemeinsam, verteilen die eintreffenden Lebensmittel,

verfassen Protestschreiben und unternehmen gemeinsame Kampfschritte.

Dann erzählt die Mutter über ihren Tagesablauf:

"Meine Woche sieht so aus: Sonntag fahre ich mit meinem Mann und Alex nach Alcalá zu Beatriz, um sie für 20 Minuten zu sehen. Das nimmt praktisch den ganzen Tag in Anspruch.

Donnerstag und Montag fahre ich zu meinen Söhnen nach Carabanchel, jeweils für 20 Minuten. Glücklicherweise sitzen sie noch in Carabanchel und sind nicht ein paar hundert Kilometer in die Provinz verlegt, wie es üblich ist. Bei ihnen läuft noch ein Einspruch gegen das Urteil, deshalb bleiben sie vorerst in Carabanchel. Also ich verbringe ganze drei Tage in der Woche damit, meine gefangenen Kinder zu versorgen, während mein Mann arbeitet, um uns den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen. Den anderen Kindern im Exil können wir nicht helfen, sie uns auch nicht. Wir müssen uns selber ernähren und die gefangenen Kinder dazu. Daneben muss der Kleine aufgezogen werden. Du siehst: ohne Hilfe geht das überhaupt nicht! Aber so wie mir geht es ein paar Tausenden von Müttern in Spanien und vielleicht zwanzig oder dreißigttausend Brüdern, Schwestern und Frauen".

Gegenwärtig kämpft das ganze spanische Volk für eine Generalamnestie. Wir wollen, dass alle politischen Gefangenen herauskommen, auch die, die man des "Terrorismus" bezichtigt. Für unsere Familie würde das z. B. bedeuten, dass Beatriz herauskäme und meine Söhne, daß die geflüchteten Kinder wieder zurückkommen könnten. Es vergeht kein Tag, andern nicht irgendwo in Spanien Streiks oder Kundgebungen für eine solche Amnestie statt finden. "In diesem Zusammenhang bezeichnet sie die Bombenanschläge der Nacht vom 17. auf den 18. Juli, die sich in vielen Städten zum gleichen Zeitpunkt ereigneten als klare faschistische Provokation.

"Mit diesen Anschlägen soll das Gespenst des "Terrorismus" aufgeblasen werden,

um Stimmung gegen die Amnestie zu machen!"

Sie äussert die Befürchtung, dass nach den Erfahrungen der letzten Amnestie und den Verlautbarungen der Regierung die Kämpfer der FRAP und ETA ein zweites Mal um die Amnestie betrogen werden. "An der Freiheit dieser Kämpfer haben die Faschisten natürlich kein Interesse. Die Führer der Christdemokraten, der Sozialisten und Carillo ebensowenig". Später macht mir die Mutter den Vorschlag, sie am nächsten Tag zum Gefängnis zu begleiten. Ich willige natürlich freudig ein. Die Mutter beiligt sich, von dem mitgebrachten Geldgeschenk noch Lebensmittel für die Gefangenen einzukaufen.

II. BESUCHSTAG IM GEFANGNIS CARABANCHEL

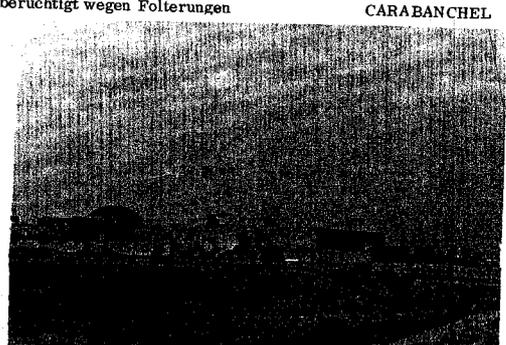
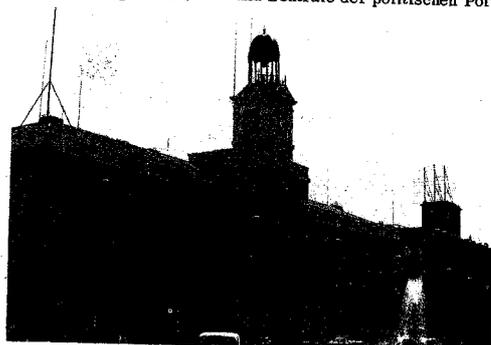
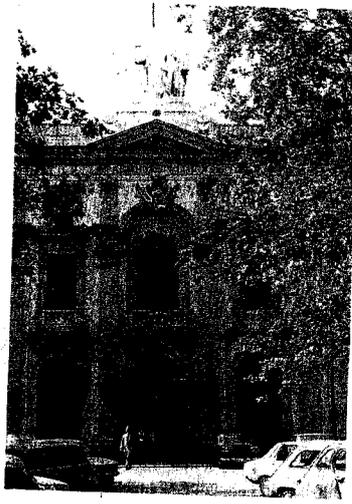
Am anderen Morgen hole ich die Mutter und Alex ab. Dabei habe ich die Gelegenheit, auch den Vater zu sehen und zu begrüßen. Er empfängt mich ebenso herzlich wie die Mutter und will natürlich vieles aus Deutschland wissen.

Die Mutter, Alex und ich gehen zur Metro. Ich trage den vorgeschriebenen blauen 8-Liter-Elmer, in dem die Speisen aufbewahrt werden müssen und den kleinen Sack mit der sauberen Wäsche. Die Mutter führt den Kleinen an der Hand. "Drei Jahre gehe ich diese Strecke, jede Woche zweimal", sagt sie. "Alex kennt die Strecke ebenfalls auswendig. Er hat seinen Vater noch nie in Freiheit gesehen". Wir verlassen die Metro und ich sehe zum erstenmal das berüchtigte Gefängnis, das ich bisher nur von Bildern kannte. Ein strahlenförmiger rotbrauner Kasten mit einem Rundbau in der Mitte, von dem aus die Zellenflügel, mehrstöckig ausgehen. Die Sonne knallt voll drauf. Das ganze Gefängnis ist schwer bewacht. Auf der drei Meter hohen Mauer stehen Wachhäuser und alle 30 Meter ein bewaffneter Posten. Zusätzlich patrouillieren Polizeiwagen um den Bau, besonders an den Besuchstagen. Gelegentlich kreist sogar ein Hubschrauber, der eigens zur Bewachung des Gefängnisses eingesetzt ist. Von aussen sieht man zerbrochene Fensterscheiben. Schon der äussere Anblick sagt einem, dass das Leben in diesen Zellen unerträglich sein muss: im Sommer stickig und im Winter eiskalt.

Am Eingangstor zeigen wir den Ausweis, auch ich werde durchgelassen. Dann betreten wir den Vorhof des Gefängnisses. Bis hierher geht es ohne besondere Kontrolle. Für mich ist Endstation, weiter kommen nur die Angehörigen mit Sprechschein. Im Innenhof unter Steinkarnaden befinden sich Steinbänke zum Warten, die Anmeldebüros, die Abgabestelle. Im Sommer ist es hier ange-

links: Justizpalast in Madrid, Sitz des T. O. P. (Sondergericht für öffentliche Ordnung); unten: Die "Seguridad", Sitz und Zentrale der politischen Polizei, berüchtigt wegen Folterungen

CARABANCHEL



befreit Generalamnestie

nehm kühl, aber im Winter, so erzählt die Mutter, unerträglich kalt, wenn man in der eisigen Luft auf den Steinbänken stundenlang auf den Einlaß warten muß. Unter den Arkaden ein Stimmengewirr. Es drängen sich viele Menschen: die Angehörigen der Gefangenen, der normalen wie der politischen, Männer, Frauen, Kinder in jedem Alter. Die Mutter stellt mich einer Gruppe von Angehörigen anderer politischer Gefangener vor. An einem Schalter geben wir den Elmer mit den Speisen ab. Den Schalterdienst versehen normale Gefangene, die von ein paar Beamten beaufsichtigt werden. Im Innenraum hinter dem Schalter stehen riesige Regale, voll mit den blauen Eimern. An jedem ist ein Schild mit Name und Galerie des Gefangenen befestigt. Bevor die Speisen auf die Zellen geschafft werden, werden sie genau untersucht. Es kam z. B. vor, dass Äpfel zerschnitten wurden, um nachzuprüfen, ob nicht ein Kassiber darin versteckt sei und ähnliche Schikanen. Auch kommt vor, dass Speisen auf ungeklärte Weise, natürlich, verschwinden. Anschließend muss man warten, 1 bis 2 Stunden. Ich nutze die Zeit, um mit den Angehörigen zu sprechen. Sie berichten über die Haftbedingungen, über einzelne Fälle, die mir z. T. dem Namen nach bekannt sind. Sie sind begierig zu hören, wie der Kampf der spanischen Völker im Ausland unterstützt wird. Eine Frau berichtet von einer Schikané, die sich hier ereignet hat: "Die offizielle Amtssprache in ganz Spanien ist das Kastilische. Im Verkehr mit der Polizei, der Verwaltung, den Gerichten darf nur Kastilisch gesprochen werden (Kastilisch ist das, was wir bei uns als "Spanisch" bezeichnen, d. V.). Nun erhielt ein baskischer Gefangener Besuch von seiner Familie aus dem Baskenland, mehr als 500 km entfernt. Eine solche Reise für ganze 20 Minuten Sprechzeit mit doppelter Trennwand und unter strenger Bewachung! Die Familie konnte allerdings kein Kastilisch sprechen, sondern nur ihre baskische Sprache. Daraufhin wurde der Besuch durch die Beamten sofort abgebrochen und die Familie musste wieder heimfahren.

Über den Briefverkehr wurde erzählt, dass die Gefangenen nur mit den Familienmitgliedern 1. Grades korrespondieren dürfen, und nur einmal pro Woche auf einem einzigen Bogen Papier. Dasselbe gilt für die Besuche. Verlobte werden nur zugelassen, wenn der Pfarrer des Stadtviertels oder die Polizeistelle eine entsprechende Bescheinigung ausstellt.

Der Hof ist vollgestellt mit Privatwagen der Mittelklasse. Diese Autos gehören den Polizeibeamten. Fast zwei Dutzend von ihnen stehen allein im Hof herum, MG und Knüppel umgehängt, junge athletische Burschen. Sie lehnen an der Wand, kauen Sonnenblumenkerne, spucken lässig die Schalen aus. Es ist ihnen offenbar alles fürchtbar langweilig.

Ein Angehöriger erzählt, dass diese Burschen mit 25.000 Peseten im Monat anfangen (ca 1000DM), für spanische Verhältnisse sehr viel, soviel wie ein Lehrer verdient. Später klettern sie auf 40.000 und haben dabei noch unzählige Vergünstigungen. Dabei ist ihre "Arbeit" äußerst einfach. Den Kopf brauchen sie nur zum Befehlsmpfang. Sie müssen schnell rennen können bei den Verfolgungsjagden, brauchen Kraft im Arm zum Schlagen und Schnelligkeit beim Schlessen. Dies alles müssen wir bezahlen. Ein Heer von Spitzeln und Beamten. Dazu die anderen Teile des Unterdrückungsapparates, die Armee mit den unzähligen hohen Offizieren, die völlig überflüssig sind. Aber es ist klar: weil der Fachismus keinerlei Stütze im Volk hat, bleibt ihm nur die Aufblähung des Unterdrückungsapparates, die Bestechung solcher Lumpen und die nackte Gewalt." In den eineinhalb Stunden, die wir warten, bis die Angehörigen aufgerufen werden, kommt zweimal ein Gefangenentransport an in grossem verschlossenen Wagen, jeweils eskortiert von mehreren Polizeiwagen, einmal auch von Militärpolizei. Die Kasten-

wagen fahren über Hof durch das grosse Tor, das sich für kurze Zeit öffnet ins Innere der Anstalt, die Gefangenen, die wir nicht sehen können, verschwinden dahinter. Vielleicht Gefangene, die unter dem Vorwand der Bombenattentate verhaftet wurden, niemand weiss es. Jeder denkt, wie sie wohl auf der Wache zugerichtet wurden. Endlich werden die Angehörigen für die 20 Minuten Besuchszeit aufgerufen. Sie treten durchs Tor in die Sprechräume. Ich muss im Hof warten und freue mich, dass die Brüder, unsere "Patekinder" vom Besuch aus Deutschland erfahren.

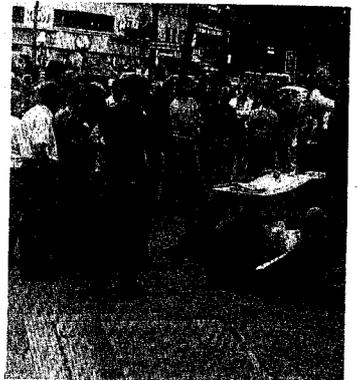
III. WARTEN AUF DIE FREILASSUNG

Am 21.7. trat die "Reform des Strafrechtsbuches" in Kraft. Diese "Reform" bedeutet im Ganzen eine Legalisierung der sog. "demokratischen Opposition", einschließlich der Revisionisten. Einige Bestimmungen über illegale Versammlungen, Propaganda und Vereinigungen wurden dabei gelockert. Abends erfährt die Familie vom Rechtsanwalt, daß insgesamt vier Gefangene, ein ZK-Mitglied der revisionistischen Partei, die beiden Brüder und ein weiterer FRAP-Genosse, der ebenfalls zu den "Patenkindern" der Roten Hilfe gehört, freigelassen werden. Diese Nebenwirkung der "Reform" bezüglich der FRAP-Genossen war den Faschisten sicher nicht erwünscht, aber offensichtlich unvermeidlich. Als das wahrscheinliche Entlassungsdatum wird der nächste Tag, der 22.7. angegeben. Natürlich ist der Jubel groß, die Mutter sagt immer wieder "Jetzt kommen sie heraus", der kleine Alexander, der seinen Vater bisher pro Woche 40 Minuten gesehen hat, kann es noch nicht fassen. Am nächsten Tag, dem Freitag, ziehen wir wieder los, den gleichen Weg, aber wesentlich freudiger. Der blaue Elmer wird nicht mitgenommen, er ist ja hoffentlich nicht mehr nötig. Vor dem Gefängnis ist ein kleiner Park. Hier wartet der Vater auf uns und ein gutes Dutzend weiterer Freunde, die benachrichtigt wurden. Sie wollen alle den FRAP-Ge-

nügend Freunde da, die ihn wieder trösten und mit ihm spielen. Stunde um Stunde vergeht. Die Hitze macht allen gewaltig zu schaffen. Insbesondere die Mutter und der Vater sind natürlich aufgereggt. "Es ist wie in der Lotterie. Man kann höchstens raten, wann es soweit sein wird. Das machen die Faschisten aus reiner Schikane. Sie quälen einen bis zum letzten Augenblick." Gegen 18 Uhr kommt ein Anwalt und teilt mit, die Vorbereitungen für die Entlassung seien im Gang. Eine Stunde später wird dies widerrufen. Jetzt steht fest, daß heute nur Luis Lobato herauskommt. Ob überhaupt und wann die FRAP-Genossen herauskommen ist wieder völlig offen. Grosse Enttäuschung, der Kleine weint wieder, die Gesichter der Angehörigen und Freunde bleiben unbewegt. Es ist klar, daß alle an des gleichen denken. Wir bleiben, bis Lobato gegen 8 Uhr herauskommt. Kurz vorher wird die Wache verstärkt, ein Offizier schreit Kommandos, gibt aufgeregte Anordnungen wie "Demonstrationen und Rufen ist verboten" usw. Die Polizisten fassen das MG stärker und halten es in unsere Richtung über die Straße. Allesamt Zeichen dafür, daß die Entlassung unmittelbar bevorsteht. Nach ein paar Minuten schreitet Lobato durch das Tor. Der 56-jährige ist blaß im Gesicht, hat ausgemergelte Züge. Er wurde in verschiedenen Prozessen zu insgesamt 60 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er 25 abgesessen hat, fast die Hälfte seines Lebens.

Die Familienmitglieder laufen ihm entgegen, trotz der Kommandos der Guardia und umarmen ihn auf der Straße. Wir klatschen, herausfordernd für die Guardia, die immer aufgeregter schimpft, aber wegen der vielen Presseleute nichts unternimmt.

Als Lobato 1939 zum ersten Mal ins Gefängnis geworfen wurde, war seine Partei noch die heldenhafte Partei von Jose Diaz und der jungen Pastonaria, die revolutionäre Führung des spanischen Volkes. Er kehrt heute als ZK-Mitglied in eine Partei zurück, die inzwischen am "historischen Kompromiß" mit den faschistischen Unterdrückern arbeitet, die ein Ein-



WESTBERLIN: KUNDGEBUNG UND GELDSAMMLUNG DER ROTEN HILFE FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN

kommt der Ruf auf. "Freiheit für alle politischen Gefangenen! Generalamnestie!" Wir stimmen ein, aber nicht alle Freunde Lobatos rufen mit, denn ihnen liegt an der Freilassung der FRAP-Genossen nichts. Aber dennoch gehen über 50 Fäuste hoch und der Ruf schallt von den Gefängnismauern zurück. Der Leutnant kann soviel brüllen, wie er will. Dann löst sich die Versammlung auf, auch unsere Gruppe. Wir verabschieden uns voneinander, etwas enttäuscht und besorgt, ob das ganze nicht ein schmutziger Trick ist. Aber wir bekräftigen unsere Hoffnung gegenseitig: "manana salenmorgen kommen sie bestimmt heraus!" Ich packe den Kleinen auf den Arm, der vor Erschöpfung sofort einschläft. Die Mutter ist wieder ruhiger geworden. Morgen früh wird sie zum Gericht gehen, um Klarheit zu bekommen. Es garantiert natürlich niemand, daß wir morgen nicht dieselbe Enttäuschung erleben wie heute, aber der Vater sagt: "Wenn du keine Hoffnung hast, bist du verloren!"

IV. DIE ENTLASSUNG DER FRAP-GENOSSEN



NACH DREIJÄHRIGER HAFT IM CARABANHEL - ZU HAUSE BEI DER FAMILIE



nossen einen würdigen Empfang bereiten. Den genauen Zeitpunkt der Entlassung weiß keiner. Die Devise heißt: warten! Nachmittags kommen weitere Verwandte und Freunde. Inzwischen sind mehr als hundert versammelt. Es bilden sich zwei Gruppen: die einen warten auf Luis Lobato, das ZK-Mitglied der PCC, die anderen warten auf die FRAP-Genossen. Anrufe bei den Anwälten, Nachfragen bei den Gefängnisbeamten bringen keine Klärung über den genauen Zeitpunkt. Einmal heißt es, der zuständige Richter habe noch nicht unterschrieben, ein anderes Mal ist der zuständige Gefängnisbeamte nicht erreichbar. Nachmittags fährt eine Gruppe weg, um einzukaufen. Nachher sitzen wir im Kreis und wir machen Mittag: Brot, Käse, Wurst, Oliven und Wein. Für den Kleinen Limonade. Dem Kleinen geht es heute sehr gut. Er wird von allen gehätschelt. Dafür revanchiert er sich, indem er so laut er rufen kann, ruft: "Amnistia! Libertad!" und die kleinen Fäuste ballt. Später wird ihm die Anspannung zu groß und er beginnt zu weinen und nach dem Vater zu rufen. Aber es sind

fallst für den russischen Sozialimperialismus geworden ist, die eine sozialfaschistische Diktatur über die Völker Spaniens errichten will.

Heute fordert seine Partei zwar nach außen ebenfalls die Generalamnestie, aber ihre Politik bedeutet das Gegenteil. Sie hat ein Interesse daran, daß die Unterdrückung der Revolutionäre bestehen bleibt, denn die wahren Antifaschisten und Patrioten bekämpfen nicht nur die Supermacht USA, die Spanien knascht, sondern auch die Einmischung der anderen Supermacht. Deshalb liegt den Revisionisten daran, daß der Unterdrückungsapparat erhalten bleibt, sofern er sich nicht mehr gegen sie selbst richtet. Ihre politische Deklaration vom Januar 1976 fordert sogar - vorbeugend - eine Amnestie für die faschistischen Folterknechte und Mörder, für jene, "die den Terror im Dienst der Macht praktiziert haben"! Lobato kommt rechtzeitig heraus, im auf dem Kongress des ZK in Rom dem Verrat der Revisionisten an den Interessen des Volkes zu applaudieren. Als Lobato die Wartenden erreicht hat,

Wir warten wieder seit morgens. Die Mutter kommt vom Gericht und verkündet siegesgewiß, daß die Entlassung perfekt sei. Natürlich weiß keiner den genauen Zeitpunkt, aber immerhin ist das eine Gewißheit. Die Freude ist groß, man wartet so wesentlich leichter. Wir verbringen die Zeit wieder mit Zeitunglesen und Diskussionen.

Gleich zu Beginn gibt es etwas Aufregung, als ein Ehepaar ankommt, das am Vortage auch schon da war. Sie bringen einen Zettel mit, der am Morgen an der Haustür hing. Auf ihm stand, an den Mann gerichtet: "Pass auf! Wenn Du so weitermachst, wirst Du viel verlieren und es wird Dir ebenso gehen". Die Erklärung ist einfach: Irgendjemand Zivilist, Falangist oder "Christ-König-Krieger" hat den Mann vor dem Gefängnis erkannt und ihm zur Einschüchterung diese Drohung an die Wohnung geheftet. Solche Vorfälle haben unglücklich zugenommen in den letzten Monaten, wird mir berichtet. Überfälle auf Demonstrationen, Angriffe auf Buchläden und Anwaltsbüros, Zusammen-

Fortsetzung nächste Seite

solidaritätsaktion für das palästinensische Volk im Libanon

AUFRUF!

Nach 52 Tagen Belagerung stürzten Mitte August die faschistischen Milizen im Libanon das Beirut Palästinenserlager Tel el Zaatar und verübten unvorstellbare Greuel an den Lagerbewohnern. Wochenlang warfen diese Mörderbanden täglich über 3000 Granaten und Paketen auf das Lager. Sie wollten das palästinensische Volk nach dem blutigen Vorbild des „Schwarzen Septembers“ 1970 in Jordanien vernichten. Ihre Auftraggeber in Washington und Tel Aviv streben die Bildung eines zweiten, „christlichen“ Israels im Nahen Osten an, deshalb soll das palästinensische Volk im Libanon liquidiert und das Land geteilt werden. Der libanesischer Bürgerkrieg ist von beiden Supermächten im Interesse ihres Vorherrschaftstrebens im Nahen Osten angezettelt worden. Zusammen mit dem Zionistenstaat Israel, der von ihnen militärisch und politisch ausgehalten wird, sind sie die Drahtzieher dieses Bürgerkrieges. Der russische Sozialimperialismus, der sich scheinheilig als „Freund des palästinensischen Volkes“ und als „Wahrer der Souveränität des Libanon“ ausgibt, stößt offene Interventionsdrohungen gegen dieses Land aus. Trotz der brutalen Angriffe auf die palästinensische Befreiungsbewegung im Libanon seit April 1975, fand die PLO dennoch die Kraft, dem Zionismus

durch die heroischen Massenaufstände im besetzten Palästina schwere Schläge zu versetzen. Das palästinensische Volk kämpft trotz aller Angriffe weiter für die Verwirklichung seiner historischen Perspektive: der Errichtung eines unabhängigen und demokratischen Palästina. Dieser Kampf ist eine wichtige Triebkraft zur Herstellung der Einheit aller arabischen Völker und Länder im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus. Der Oktoberkrieg von 1973 ist ein glänzender Beweis dieser Tatsache. Deshalb wollen die Supermächte und die Zionisten den Kampf der Palästinenser liquidieren — deshalb gilt es für uns gerade jetzt diesen Kampf mit aller Kraft zu unterstützen. Nach dem Fall von Tel el Zaatar wollen die US- und zionistenhörigen Phalange-Banditen und ihr Anhang die vollständige Liquidierung der palästinensischen Revolution im Libanon auf die Tagesordnung setzen. Die Fedajin und die Volksmassen in den Lagern werden gemeinsam mit allen libanesischen Patrioten diesen Plan durch ihren heroischen Kampf zunichte machen. **Wir rufen euch auf:** Zeigt gerade jetzt eure unverbrüchliche Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes! Die PLO benötigt dringend Geld und Medikamente! Spendet für die Solidaritätsaktion für das palästinensische Volk im Libanon!

Spendenkonto:

Konto Nr. 204 508 / 500 (R. Kitzing, 5 Köln 1, Postscheckamt Köln, Postfach 101083)

NAHOST- MITTELOST KOMITEE (AL TAHIRI)
5 Köln 1
Postfach 101083

Fortsetzung DREI SPANISCHE GENOSSEN BEFREIT

schlagen und Entführen bekannter Antifaschistischer Persönlichkeiten oder r im Stadtviertel bekannter Revolutionäre gibt es fast jeden Tag. „Man muß doppelt wachsam sein!“ sagen die Freunde. „Das Mordklima uns gegenüber besteht nach wie vor trotz aller „Demokratisierung“. Sie berichten, daß im Baskenland die Arbeiter dazu übergehen, ihre Straßen und Viertel durch Wachen gegen solche Überfälle zu schützen. Nachdem ich am Vortag genug über die Verhältnisse in Spanien gehört hatte, berichtete ich den Freunden nun über die Verhältnisse in Deutschland, die sozialfaschistische Unterdrückung in der DDR, den wachsenden Einfluß der modernen Revisionisten in der BRD, die Gefahr des Faschismus. Die Freunde sind erschrocken über das hohe Ausmaß der politischen Unterdrückung, die Schnelligkeit des Abbaus der demokratischen Rechte. Sie fragen mich nach Einzelheiten, die sie in der Presse gelesen haben, wie das „Anti-Terror Gesetz“ (§ 129a usw.) und die Berufsverbote. Wir stellen fest, daß sich die herrschenden Klassen der gleichen Argumentation bedienen: sie sagen „Kampf gegen den Terror“ und meinen Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die Zahl der Überprüfungen und Berufsverbote im öffentlichen Dienst löst zuerst ungläubiges Kopfschütteln aus. Auch die Pläne, die Gespräche von Anwalt und angeklagtem Gefangenen durch einen Richter überwachen zu lassen, wird als fast unglaublich empfunden. „Das ist bei uns zwar auch erlaubt, wird in der Regel aber nicht angewendet“, wird geantwortet. Ebenso die Summe der Strafen aus den Urteilen gegen Revolutionäre, allein im Frühsommer. „Genau eine solche „Demokratie“ wollen

die Faschisten bei uns einführen. Demokratische Rechte für die Volksfeinde, aber für das Volk dieselbe Unterdrückung wie bisher!“ sagt einer und hat offenbar den Nagel auf den Kopf getroffen, denn alle nickten. Aufschlußreich für die Freunde ist auch die Tatsache, daß die Revisionisten zunehmend weniger verfolgt werden und im Gegenteil aktiv an der Unterdrückung beteiligt sind. Wir sprechen über den „demokratischen Bruch“, den sie sog. demokratische Opposition mit den Revisionisten herbeiführen wollen. Dieser „demokratische Bruch“ solle vom König (!) „durch ein einfaches Dekret vollzogen werden“. Mit einem einfachen Dekret soll der König die faschistischen Gesetze und Institutionen beseitigen, so schreiben die Revisionisten in ihrer programmatischen Erklärung. Ich berichte davon, daß die deutsche Geschichte zweimal einen solchen „demokratischen Bruch“ per Dekret erlebt hat: 1918/19 nach der Novemberrevolution und 1945 in den Westzonen nach der Niederlage des Hitlerfaschismus. Die Folgen sind bekannt: es hat sich an der Grundlage der imperialistischen Herrschaft nichts geändert. „Deshalb fordern wir nicht die „Demokratisierung“ der faschistischen Institutionen, wie sie die Monarchie betreibt, unterstützt von der gesamten „demokratischen Opposition“, sondern fordern die Auflösung aller faschistischen Unterdrückungsorgane und umfassende demokratische Freiheiten für das Volk.“ In der BRD finden es manche fortschrittlichen Leute übertrieben, wenn wir sagen, daß die Monopolbourgeoisie bei uns Zustände herbeiführen will, wie sie in der DDR oder im faschistischen Spanien herrschen. Die Reaktion der Freunde auf

meine Ausführungen hat mich darin bestärkt, daß diese Auffassung völlig korrekt ist. Sie bestätigt außerdem die Dringlichkeit, den modernen Revisionismus als Todfeind der Arbeiterklasse ernstzunehmen und den Kampf gegen ihn zu verschärfen. Um 17 Uhr geht die Mutter zum Telefon und versucht, die Gefängnisdirektion zu erreichen. „Ein paar Minuten“, heißt es. Die Minuten dauern bis 19 Uhr. Dann ist es endlich soweit. Die Wachen werden wieder verstärkt, der Leutnant brüllt wieder, aber viel unfreundlicher als gestern, denn es ist nicht soviel Presse da. Insgeheim denken sie sicher: „Die gehören an die Wand. Wenns nach uns ginge...“, so wie es die faschistischen Parolen an manchen Wänden ausdrücken: „Keine Amnestie! Keine Gnade! Die Roten an die Wand!“ Dann biegen die Genossen um die Ecke und kommen zum Tor heraus. Auf den ersten Blick kraftvoll und voller Energie, man sieht ihnen die dreijährige Haft nicht an. Die Familie rennt ihnen entgegen und kurze Zeit später ist alles nur noch ein Käuel von Menschen, die sich umarmen. Wir klatschen und rufen Parolen. Jose Luis Diaz Fernandez, Jesus Diz und Jorge Diz sind wieder in Freiheit. An einem der folgenden Tage habe ich Gelegenheit, mit den Brüdern zu sprechen. Ich berichte über unsere Arbeit und zeige ihnen Bilder und Zeitungsausschnitte. Sie berichten über die Haft, die Schikanen und den Kampf, den sie dagegen führten. Sie loben den starken Rückhalt, den ihnen die tapfere Familie, die Freunde, die F.U.S. gegeben hat. Sie berichten, daß sie über viele Solidaritätsmaßnahmen

im Ausland unterrichtet wurden und wie sie dadurch gestärkt wurden. Ich überreiche ihnen eine Liste, auf der unter ihren Bildern und den Forderungen nach ihrer Freilassung auf einer Veranstaltung in Westberlin Unterschriften gesammelt wurden. Die Genossen sind äußerst besorgt darüber: daß die anstehende Amnestie wieder nur einem kleinen Teil der politischen Gefangenen die Freiheit geben wird. Über ihre Aufgaben sagen sie: „Für uns stellen sich jetzt neue Aufgaben. Wir treten aus der Illegalität heraus. Jeder kennt uns und weiß, was wir vertreten. Das werden wir ausnützen. Wir werden - was die anderen Genossen nicht können - auf Versammlungen auftreten, Interviews geben, werden im Ausland sprechen. Wir werden unsere persönliche Freiheit dafür nutzen, den Kampf für den Sturz des Faschismus, für die Volksrepublik voranzutreiben. Nach wie vor ist die Er kämpfung einer Generalamnestie eine der dringenden Forderungen. Uns dafür einzusetzen, dafür verpflichten uns unsere eigenen Frauen, Brüder und Schwestern und alle politisch Verfolgten in Spanien. Das wichtigste ist, daß wir dabei das Ziel im Auge haben: die Vernichtung des Faschismus, die nationale Unabhängigkeit und Freiheit, die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse. Dann werden auch alle politischen Gefangenen befreit werden!“ Beim Abschied verspreche ich den Genossen, daß die Rote Hilfe die Unterstützung der Verfolgten und den Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen verstärken wird, um noch mehr zur Befreiung des spanischen Volkes beizutragen.

USA FREIHEIT FÜR GARY TYLER!

Gary Taylor, ein schwarzer Schüler, der am 10. Juli acht zehn Jahre alt geworden ist, wurde das Opfer einer rassistischen Verschwörung im US-Staat Louisiana: er wurde zum Tode verurteilt!



Vor zwei Jahren hatte es in der amerikanischen Kleinstadt Destrehan rassistische Angriffe auf die schwarzen Schüler einer gemischten Oberschule gegeben, die gerade mit dem Bus ihre Schule verlassen wollten. Während dieser Angriffe auf den Bus wurde von einem Unbekannten ein Schuß abgegeben, der einen weißen Schüler tötete. Gary Tyler, der gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen die schwarzen Schüler protestierte, wurde aus dem Bus herausgegriffen und etwa ein Jahr später wegen Mordes vor Gericht gestellt. In dem Schnellverfahren, das nur drei Tage dauerte,

konnte sich die Anklage nur auf ein 16 Jahre altes schwarzes Mädchen stützen, das gesehen haben wollte, daß Tyler es war, der geschossen habe. Alle anderen Zeugen - auch der Busfahrer - sagten aus, Tyler sei nicht der Schütze. Trotzdem wurde Tyler zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt, die Geschworenen des Gerichts waren ausschließlich Weiße. In den USA bildeten sich darauf sofort Solidaritätskomitees "Freiheit für Gary Tyler". Neben der Organisation der materiellen Unterstützung führen die Komitees den Kampf gegen Rassismus und Rassen-trennung. Im amerikanischen Süden vor allem gibt es noch heute die faschistische Organisation Klux-Klux-Klan, die behördlich geduldet die Familie Tylers und die Mitglieder der Komitees bedroht und verfolgt. Die ROTE HILFE unterstützt den Kampf der Komitees gegen den Rassismus und Faschismus in den USA, sie fordert mit ihnen die FREIHEIT FÜR GARY TYLER! Anschrift: Committee to Free Gary Tyler, P. O. Box 15810, New Orleans, Louisiana, 70121, USA)

Heidelberg Keine Abschiebung der persischen und türkischen Studenten!

Am 20. Mai 76 wurden die drei ehemaligen Auslandsreferenten des Allgemeinen Studenten-Ausschusses (ASTA) Heidelberg vom Heidelberger Amtsgericht zu hohen Geldstrafen verurteilt. Sie hatten 1974 gegen die damalige Verhaftungswelle von palästinensischen A-arbeitern und Studenten den Protest der Ausländervollversammlung und die Forderung nach finanzieller Unterstützung der politisch Verfolgten mit der Besetzung des Auslandsamtes des Universität Nachdruck verliehen. Mit Hinweis auf diesen Prozess wurden den drei ehemaligen Auslandsreferenten - zwei Türken und der Perser Reza Mohadjer - die weitere Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Ihnen droht jetzt die Abschiebung, was für sie Kerker, Folter und Mord bedeutet.

Reza Mohadjer ist dem persischen Geheimdienst SAVAK schon lange als Revolutionär bekannt. In Heidelberg hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, das die sofortige Aufenthaltsgenehmigung, die Aufhebung des Urteils und keine Abschiebung fordert. Die ROTE HILFE fordert auf, diese Forderungen zu unterstützen und sie an folgende Behörden zu richten:

- Amt für öffentliche Ordnung
- Ausländerpolizei Vangeroastraße 2 6900 Heidelberg
- Minister des Innern Innenministerium Baden-Württemberg 7000 Stuttgart

ASYL FÜR DIE TÜRKISCHEN PATRIOTEN ERKÄMPFT

Die vier türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Yüksel Ugurlu und Frau Hatice Yurtdas sind als politische Asylberechtigte anerkannt worden! Dies ist ein großartiger Erfolg der proletarischen Klassen-solidarität und der internationalen Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, ein Sieg der gemeinsamen Kampffront aller Revolutionäre und Demokraten in Köln, in der BRD und ganz Europa.

Im Mai 1974 widerrechtlich verhaftet - zwei Jahre durch die Verfügungen des reaktionären Richters Somokey in Köln-Ossendorf isoliert und schikaniert, eine Anklage wegen § 129 "Kriminelle Vereinigung", die wie ein Kartenhaus zusammenbrach, doch von Somokey in einem monatelangen Retroprozess fast jeglicher demokratischer Rechte beraubt und schließlich allein deswegen verurteilt, weil sie Schriften von Marx, Lenin, Stalin und Maotse Tung gelesen, besessen und ins türkische übersetzt hatten - ein Prozeß und ein Urteil, das ganz im Sinne der im Bundestag verabschiedeten 13./14. Strafrechtsänderung

lag. Sofort nach Urteilsverkündung - von 1 1/2 bis 2 Jahre Gefängnis - ins Abschiebelager gebracht und verfügt, sie in die Türkei auszuliefern, wo Gefängnis, Folter und Mord wartet.

Dieser Plan ist gescheitert, die ROTE HILFE hatte großen Anteil im unermüdeten Kampf um die Herstellung der breitesten Solidarität. Der Staatsapparat mußte zurückstecken, weil die Solidaritätsfront gegen die Abschiebung und für politisches Asyl zu groß war.
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN - SCHAFFT ROTE HILFE !

KÖLNER ANTIFASCHISTEN SOLLEN INS GEFÄNGNIS

Ende Juli entschied der Bundesgerichtshof: die Revision des Prozesses gegen 5 Kölner Antifaschisten wird abgelehnt! Die Haftstrafen von 3 1/2 bis 7 1/2 Monaten Gefängnis sollen noch in diesem Jahr angetreten werden!

Am 17.11.73 hatten Kölner Antifaschisten einen Großaufmarsch der NPD-Faschisten im Arbeiterviertel Nippes nicht tatenlos wie die revisionistische DKP zugesehen, sondern das faschistische Propagandamaterial vernichtet. NPD-Schläger und Polizisten schlugen brutal auf Demonstranten und Passanten ein, 7 Antifaschisten wurden verhaftet.

Richter Somokey führte den Prozeß, bewies seine Freundschaft mit den Faschisten, ließ sie als "Zeugen" auffahren, hielt sie für "glaubwürdig", während er alle Beweisanträge der Angeklagten als "nicht zur Sache gehörig" ablehnte. Insgesamt verhängte er gegen Angeklagte und Zuhörer insgesamt 130 Tage'Ordnungsstrafe". Das Urteil schlug jedem Antifaschisten ins Gesicht.

WEGEN 88a: BUCHHÄNDLER VERHAFTET

Am 18.8. wandte die Klassenjustiz erstmals den Gewaltparagrafen 88a an. In einer von der Bundesanwaltschaft geleiteten Aktion wurden in 8 Großstädten Linke Buchläden und Privatwohnungen durchwühlt und, wie die Bundesanwaltschaft es ausdrückte, "terroristische Literatur" sichergestellt. In Bochum wurde ein Buchhändler verhaftet, weil in seinem Laden 6 Exemplare des anarchistischen Blattes "Revolutionärer Zorn" gefunden wurden, die seit Wochen in zahlreichen Buchläden offen auslagen. Er befindet sich noch immer in Haft, und zwar mit der Begründung, es bestehe Verdunkelungsgefahr, weil die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen wären. Wir fordern die sofortige Freilassung!

SPENDEN FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS

(Spenden von Juli und August 1976)

RH Nürnberg 400.- DM, RH Bremen 168.53 DM, RH Aachen 61.-DM, Veranstaltung der KPD Braunschweig gegen Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz 57.52 DM, Spendendose Buchhandlung Bracke Braunschweig 10.48 DM, RH Augsburg 85.- DM, RH Frankfurt 8.50 DM, J.S./Garbenheim 10.- DM, RH Frankfurt 21.15 DM, LIGA Hagen 91.50 DM, RH Nürnberg 750.-. ZUSAMMEN: 1663.68DM

ROTE HILFE-Rechtshilfe
Kto.13 2072 63 00 BfG Köln

DIE SCHANDTAFEL DER KLASSENJUSTIZ

Die folgenden Gerichtsurteile gegen den revolutionären Klassenkampf sind der ROTEN HILFE in den letzten Wochen (Zeitraum 24.6.76 bis 25.8.76) bekannt geworden:

- Urteil des LG Köln (Somokey) gegen die 5 Genossen, die gegen die NPD protestiert hatten, vom BGH durch Zurückweisung der Revision rechtskräftig gemacht -- einmal 3 Monate, zweimal 6 Monate, einmal fünfenehalb Monate und einmal siebenenehalb Monate in allen Fällen ohne Bewährung
- Urteil gegen V. Hurrele, Presseverantwortlicher des KBW in Heidelberg wegen eines Zeitungsartikels zu den Fahrpreiserhöhungen, mit dem er zu Straftaten aufgerufen haben soll -- 1 Jahr und 2 Monate ohne Bewährung
- Urteil gegen Andreas X. wegen "Körperverletzung" an einem Polizisten bei einer Demonstration zum Tod G. Routhiers in Münster -- 10 Monate Haft ohne Bewährung
- Urteil gegen einen Genossen wegen "Nötigung" und "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" beim Protest gegen eine Bundeswehrveranstaltung an der Bonner Uni -- Geldstrafe 875.-DM
- Urteil gegen D. Kreidt (KPD) und 2 Genossen des KJVD wegen einer Dokumentation zur Klassenjustiz in Villingen. -- Geldstrafe insgesamt 1875.-DM
- Urteil gegen Michael Banos, Presseverantwortlicher für einige Flugblätter der Roten Hilfe Deutschlands wegen §90a, "Beleidigung der Polizei" usw. in Dortmund -- 7 Monate Haft ohne Bewährung
- Urteil gegen einen Soldaten, der mit einem Flugblatt gegen §90a und den Hausfrieden verstoßen haben soll in Verden -- Geldstrafe 1000.-
- Urteil gegen V. Wild (KBW) wegen eines Flugblattes in dem "zu strafbarer Handlung aufgerufen wurde" in Essen -- Geldstrafe 300.-DM
- Urteil gegen einen Genossen in Lübeck wegen "Hausfriedensbruch" -- Geldstrafe
- Urteil gegen 6 Genossen wegen "Widerstand und Körperverletzung" bei einem Polizeitüberfall auf das Düsseldorfer KPD-Büro -- Geldstrafen insgesamt 4500.-DM
- Urteil gegen 11 Genossen des KSV in Erlangen wegen "Hausfriedensbruch" beim Verkauf der Roten Fahne in der Mensa -- Geldstrafen insgesamt 8800.-DM
- Urteil gegen einen Genossen wegen Schienenbesetzung gegen Fahrpreiserhöhung in Wuppertal -- Geldstrafe 1500.-DM
- Urteil gegen 3 Genossen der Liga gegen den Imperialismus wegen Parolen-Malen gegen die Ermordung der spanischen Revolutionäre in Detmold -- Geldstrafen insgesamt 1700.-DM
- Urteil gegen einen Genossen wegen "Körperverletzung" anlässlich einer NPD-Kundgebung in Buxtehude -- 3 Monate Haft mit Bewährung
- Urteil gegen einen Genossen in Heidelberg wegen "Nötigung" im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen -- Geldstrafe 2000.-DM
- Urteil gegen einen Genossen wegen "schwerem Landfriedensbruch" und Widerstand beim Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg -- 14 Monate Haft ohne Bewährung
- Urteil gegen Ernst Aust wegen eines Wahlflugblatts der KPD/ML in NRW (90a) -- Geldstrafe 2400.-DM
- Urteil gegen H. Rosenbaum und J. Noth (KBW) wegen "Aufruf zu strafbarer Handlung" im Kampf gegen die Heidelberger Fahrpreiserhöhungen -- 13 Monate und 15 Monate Haft in beiden Fällen ohne Bewährung
- Urteil gegen R. P. in Dortmund wegen "Verstoß gegen das Pressegesetz" betreffend die Rote Hilfe Zeitung 6/74 -- Geldstrafe 2700.-
- Urteil gegen Thomas Luczak (KPD) in Dortmund wegen "Beleidigung", "Volksverhetzung" und 90a durch 12 Flugblätter der KPD, für die er presserechtlich verantwortlich zeichnete -- 11 Monate Haft mit Bewährung
- Urteil gegen die Genossen B. und R. in Köln wegen "Widerstands" und "Gefangenbefreiung" beim Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen -- Geldstrafen 1500.- und 1225.- DM
- Urteil gegen 2 Mitglieder des Westberliner Arbeitslosenkomitees wegen "Hausfriedensbruch" im Arbeitsamt -- Geldstrafen
- Urteil gegen M. Dose und H. Kumor (KSV) wegen "Beleidigung" usw. bei der Entarnung eines Polizeispitzels in München -- Geldstrafen 2100.-DM und 300.-

Damit wurden in dem genannten Zeitraum 115 Monate Haft verhängt, davon 101 Monate ohne Bewährung, das sind 8 Jahre, 5 Monate. Die Geldstrafen betragen mehr als 32 775.- DM.

Bestellschein

Ich bestelle ab die
ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnementspreis von

halbjährlich DM 4.80
jährlich DM 9.60
Förderabonnement (Jährl.) DM 20.00

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE
PSchA Köln Nr. 59811-504 überwiesen.

Name
Adresse
Beruf

Unterschrift

(Einsenden an: ROTE HILFE, 5 Köln 30 Rothehausstr. 1)

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlichDM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name
Wohnort
Straße
Beruf
Alter

Unterschrift

(Einsenden an ein ROTE HILFE-Büro)

Hrg. - Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
Verantw. i. S. d. P. Ges. : Hartmut Schmidt
5 Köln 30 Rothehausstr. 1

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die **ROTE HILFE**

Zentrale: 5 Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763) Fr. 18-19 Uhr

Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi. ab 19 Uhr
OG Köln: "Drügge Pitter", Venloer/Lessingstr. Mo. ab 19.30 Uhr

Hessen:
OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi. ab 17 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi. 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Eicherstr. 1, Fr. 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do. 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Bahnenfeldstr. 52

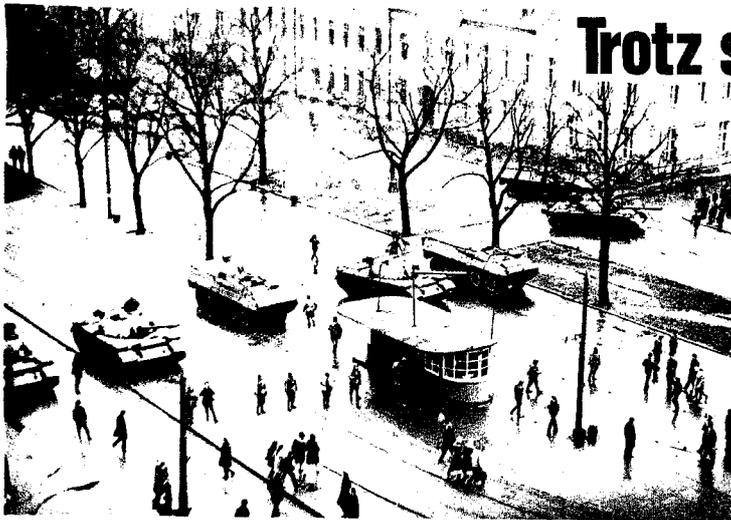
OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Di. 19 Uhr
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi. 17.30-19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD) Mi. 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)
OB Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi. 20-22 Uhr
OG Wedding: Soldiner Str. 68 (Laden), Mi. 19 Uhr
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi. 19 Uhr
OG Neukölln:

Ortsgruppe Stuttgart: Cannstatt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr. 20 Uhr

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Trotz sozialfaschistischen Terrors

KORRESPONDENZ AUS POLEN



Schnelljustiz in Polen

Am 18. und 19. Juli wurden in Warschau und Radom 13 polnische Arbeiter zu drei bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Mutig bekannnten sie sich vor den sozialfaschistischen Schnellgerichten ihrer "Verbrechen": Widerstand gegen die Staatsgewalt, Blockade einer Straßenbahnlinie, Zerstörung von öffentlichem Eigentum, gemeint ist das Parteihaus der sozialfaschistischen "Polnischen Arbeiterpartei" in Radom. Tausende polnischer Arbeiter hatten wenige Wochen zuvor der Ausplünderungspolitik der herrschenden Giersek-Clique ihre Antwort erteilt: gegen die Preiserhöhungen von bis zu 65 % hatten sie Fabriken besetzt, waren mit Losungen gegen die Veräter der Partei und gegen die Ausbeutung durch die sowjetischen Sozialimperialisten auf die Straßen gegangen. Die Preiserhöhungen mußten zurückgenommen werden, doch es mußte ein Exempel gegen die erneute nach der blutigen Niederschlagung ihrer Kämpfe 1970 heroisch aufstehenden polnischen Arbeiter gesetzt werden. Auf direkte Intervention des sowjetischen Botschafters Pilowtsch, der eine exemplarische Abrechnung mit den Schuldigen für den Anschlag auf die Eisenbahnverbindung zwischen der Sowjetunion und der DDR von Giersek gefordert hatte, wurden die Prozesse durchgeführt, werden weiterhin Arbeiter gefangengehalten. Neben dem offenen Terror der Giersek-Clique enthüllt aber auch ihre eigene Demagogie, daß hinter ihrer sozialistischen Phrase die faschistische Diktatur steht: Um erneut die "notwendigen" Preiserhöhungen durchzusetzen, inszenierten die Giersek & Co. sogenannte "Konsultationen" mit dem Volk, mit denen die "sozialistische Demokratie" eingüßelt werden sollte! Streiks seien mit diesem System der Konsultationen nicht

vereinbar und - welch ein Hohn - die "Demokratisierung werde durch den Grundsatz erweitert, die wichtigsten Probleme mit dem Volk zu diskutieren". Welche Rolle im sozialfaschistischen Unterdrückungssystem diese "Konsultationen" spielen und wie sie von der Arbeitern aufgenommen werden, zeigt eine Korrespondenz aus Polen, die wir nebenstehend in Auszügen abdrucken. In welche Widersprüche die Revisionisten in unserem Lande angesichts der Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse und der Terrorurteile von Warschau und Radom gerieten, zeigt ein Kommentar der "UZ", der Zeitung der revisionistischen DKP.

Im Versuch, die Leser auf die Unterdrückung der polnischen Arbeiter einzuschwören, soll die Springer-Presse erhalten, was jedoch nicht gelingen will: "Wenn in Polen Rowdys wie die Vandalen hausen, sind das für Springer Arbeiterproteste... Weder die Arbeiter Polens noch die der Bundesrepublik benehmen sich bei der Vertretung ihrer Interessen wie die Vandalen. Wenn aber die Arbeiter in der Bundesrepublik um höheren Lohn kämpfen, werden sie ausgesperrt, und von Springer wird die Rechtmäßigkeit ihres Kampfes in Frage gestellt. Wenn sie - und Schüler, Studenten und andere Bürger - gegen Fahrpreiserhöhungen demonstrieren und dabei Straßenbahngleise vorübergehend auch nur blockieren, kommt es zu Prügeleinsätzen der Polizei, zu Prozessen und Strafen, und Springer prügelt mit..." (UZ 21. 7. 76) Springer hetzt gegen die Arbeiter, stellt UZ fest, ungewollt muß die UZ zugeben: gegen Fahrpreiserhöhungen - Straßenbahnblockaden - Prozesse - Strafen hier wie dort!

Zum Zeitpunkt der Kämpfe in Ursus und Radom hielt ich mich seit mehreren Wochen in Polen an der Ostseeküste auf. Vor allem in den Werften von Szczecin, in Koszalin, Gdingen und Gdansk kam es in diesen Tagen zu Kampfaktionen. In Szczecin lernte ich mehrere Arbeiter kennen, die mir davon berichteten:

"Am Morgen nach der Preiserhöhung führen wir alle zur Werft. Dort stellen wir uns jedoch neben die Maschinen und rühren keinen Finger. Wir besprachen dann weitere Kampfschritte, doch die Erhöhung wurde so rasch wieder rückgängig gemacht aufgrund der Kämpfe bei Warschau. Das ist der Grund, weshalb es auf den Werften nicht auch zu weiteren Kampfschritten gekommen ist. Sollte aber Giersek erneut einen Angriff auf uns wagen, so werden wir auf jeden Fall wieder etwas unternehmen!" Die Gespräche unter den Werftarbeitern drehten sich um die Forderungen:

"Herunter mit den hohen Preisen - gerechte Löhne! Schluß mit der Ausplünderung durch Rußland! Freilassung der Arbeiter aus den Gefängnissen! Schluß mit der faschistischen Unterdrückung!"

(...)

Die sozialfaschistische Unterdrückung ist überall zu spüren: Während den "freien Massenaussprachen über die Preiserhöhungen" redeten die Parteibonzen vor leeren Stühlen in den Betrieben. Die Arbeiter boykottierten die Versammlungen, denn sie wissen, alles was gesagt wird, wird von Spitzeln notiert, und allein die Frage nach den Gründen für die Preiserhöhungen führte bereits zu Entlassungen. In den Städten, in der Nähe der Werften und auf belebten Plätzen sah ich ständig mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten patrouillieren, Mannschafts- und Armeewagen führen dauernd durch die Stadt und standen an jeder Ecke. Ein besonders wirksames Kontrollmittel haben sich die Sozialfaschisten seit einiger Zeit einfallen lassen: in den Ausweisen jedes Arbeiters muß ein Stempel seiner Fabrik sein. Bei Kontrollen durch die "Milicia" hat sie es dadurch sehr leicht, direkt an den Direktor der Fabrik einen Brief aufzu-

setzen, wenn jemand aufgefallen ist. Schon bei Kleinigkeiten führt dies sofort zu Prämienerverlust, Lohnrückstufungen und anderen Disziplinerungen bis zur Entlassung. Ohne diesen Stempel im Ausweis und bei Kontrollen fällt man sofort auf! Mit der Geheimpolizei "Ormo" haben sich die Sozialfaschisten eine Bande geschaffen, die von den Massen zu Recht "Giereks neue Gestapo" genannt wird. Schon auf der Schule begibt die Auslese künftiger Ormo-Leute, sie werden von ihren Alterskameraden getrennt und erhalten alle erdenklichen Privilegien. Ormo-Leute sind überall. Auf der Straße, in den Betrieben, sie setzen sich an die Tische der Kollegen in der Kantine, fahren mit in den Zügen von und zur Arbeit. Sie provozieren gern Gespräche, sie schimpfen auf Giersek, um zu sehen, was die anderen sagen. Dann kommt es anschließend zu Verhaftungen.

Doch der Kampfesmut der polnischen Arbeiter läßt sich nicht brechen. Überall, besonders in den Wohnvierteln sah ich illegale Parolen, hastig übermalt von der Polizei. Werftarbeiter berichteten mir, daß sie trotz der Bespitzelung Absprachen treffen, gegen Normerhöhungen Bummelstreiks organisieren und bei Lieferungen für die Sowjetunion organisiert "Murks" machen. Trotz der Unterdrückung durch die Partei verbreiten sich Nachrichten unter den Arbeitern rasend schnell. So wurden die Kämpfe bei Warschau erst in der Presse verschwiegen, doch schon am nächsten Tag berichteten mir freudestrahlend die Kollegen davon, daß dort 250 Milicianen verletzt in die Krankenhäuser eingeliefert wurden. Das stärkte auch ihren Mut zu kämpfen. Daran könne auch nichts das russische Militär ändern, das in den Wäldern um die großen Städte bereit steht und das schon einmal - versteckt in polnischen Uniformen - hunderte von Arbeitern ermordete. Doch das Volk steht in Polen zusammen und wird auch den schlimmsten Feind - wie einst Hitler - aus dem Land verjagen und ein neues unter der Herrschaft der Arbeiterklasse blühendes Land errichten!

ungebrochener Kampfesmut



WESTBERLIN

Justiz verfolgt Protest gegen CSSR-Überfall

Wie in diesem Jahr, so demonstrierten auch im letzten Jahr überall fortschrittliche Menschen und Revolutionäre gegen den Einmarsch der russischen Sozialimperialisten am 21. August 1968 in die

CSSR. Am 21. 8. 1975 führte der Kommunistische Studentenverband eine Kundgebung vor dem Büro der sowjetischen Flugesellschaft Aeroflot in Westberlin durch. Der faschistische Überfall auf die CSSR, das Vorherrschaftstreben der russischen Sozialimperialisten auf Eu-

ropa wurde angeprangert. Es wurde zum Kampf aufgerufen gegen die wachsende Kriegsgefahr, die vom Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgeht. Besonders wurde die Wühl- und Agententätigkeit der Sozialimperialisten und ihrer Agenturen von DKP und SEW entlarvt. An dieser Kundgebung nahm auch Genosse Hilmar teil. Nach ihrer Beendigung, weit entfernt vom Aeroflot-Büro stürzten sich zwei Männer plötzlich auf den Genossen, begannen auf ihn einzuschlagen. Zuhilfe kam den

beiden dann noch uniformierte Polizei. Nach der Verhaftung gaben sich die beiden als Polizisten zu erkennen. Und wie immer, wenn die Polizei jemanden überfällt, erschießt, zusammenschlägt: das Opfer ist der Täter, der Geschlagene der Schläger. "Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt" lautet die Anklage gegen den Genossen, die am 30. 9. im Kriminalgericht Moabit verhandelt wird. Diese willkürliche Festnahme und die daraufhin konstruierte Anklage ist aus dem Verhältnis der westdeutschen Bourgeoisie zum russischen Sozialimperialismus zu verstehen. Sie will ihre Politik der offenen Tötung gegenüber der Sowjetunion, ihre Politik der Geschäftemacherei mit dem Hauptfeind des deutschen Vol-

kes nicht gefährden, was schon besonders deutlich wurde beim Breschnew-Besuch in Dortmund 1973, als über 1000 Demonstranten in Vorbeugehaft genommen wurden, damit Breschnew nur die Jubelhorden der revisionistischen DKP sehen konnte. Die Bourgeoisie fürchtet den Kampf der fortschrittlichen Menschen und Revolutionäre gegen den russischen Sozialimperialismus und seine Agenturen, die revisionistischen Parteien. Sie hat das größte Interesse daran, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen glauben, in der Sowjetunion und der DDR herrsche der Sozialismus, damit sie den gerechten Haß gegen die sozialfaschistische Diktatur auch weiterhin gegen die wahrhaft kommunistischen und revolutionären Organisationen lenken kann.